



Jahresbericht 2018

Annual Report 2018



Europäische Bausparkassenvereinigung
European Federation of Building Societies



Inhaltsverzeichnis/Contents



2	Vorwort
4	Positionierungen
8	Tätigkeiten der Ausschüsse
10	Europawahl 2019
15	Wohnwirtschaftliche Entwicklungen in Europa
23	Nachhaltige Finanzierung
26	EuGH-Bericht 2018
30	Jahreschronologie 2018
70	Personalien der Vereinigung
70	Personalien der Ausschüsse
71	Anhang



36	Foreword
38	Position papers
42	Committees
44	Elections 2019
49	Housing sector trends in Europe
57	Sustainable finance
60	Court of Justice in 2018
64	2018: the Year in Review
70	Officers of the Federation
70	Officers of the Committees
71	Appendix



Vorwort

Im Mai 2019 waren die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen und viele sprachen im Vorfeld von einer „Schicksalswahl für Europa“. Ich möchte die Bedeutung dieser Wahl nicht überhöhen, denn jede Wahl stellt eine wichtige Weichenstellung für eine Gesellschaft dar. Dennoch merken wir im Moment alle, dass unser Kontinent an einem Scheideweg steht. Die wenigen, aber lauten Europaskeptiker und Nationalisten trauen Europa nicht viel zu oder lehnen es gar rundweg ab. Sie wollen sich hinter ihren nationalen Gartenzaun zurückziehen und unsere gemeinsamen Fragen mit ihren einsamen Lösungen beantworten. Gleichzeitig erlebe ich in meinen Gesprächen mit vielen Menschen über Europa, dass in den letzten zwei Jahren vielen bewusst geworden ist, welchen Wert die europäische Einigung als solche für uns alle hat.

Die Faktenlage scheint unterdes klar: Schon heute stellen wir Europäer weniger als zehn Prozent der Weltbevölkerung – Tendenz fallend. Auch als größte Volkswirtschaft Europas trägt Deutschland nur noch etwa drei Prozent zum globalen BIP bei. Egal auf welches Feld wir blicken: Es ist offenkundig, dass kein europäisches Land in den großen globalen Fragen unserer Zeit – egal ob Sicherheit, Umweltschutz, Handel oder Migration – alleine bestehen kann. Wenn wir Europäer in Zukunft mit am Tisch sitzen und unsere Zukunft aktiv gestalten wollen, dann müssen wir jetzt unsere Hausaufgaben machen und die Weichen richtig stellen. Ein vereintes und starkes Europa, das in den wichtigen Fragen an einem Strang zieht und mit einer Stimme spricht, ist die Voraussetzung dafür.

Unsere Herausforderungen für die kommenden Jahre sind vielfältig. Zum einen ist es wichtig, der Ablehnung europäischer Werte in einigen EU-Ländern, bis hin zur gezielten Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundsätze, entschieden entgegenzutreten. Demokratie, Rechtssicherheit und Freiheit müssen für Bürger und Unternehmen in der gesam-

ten EU gewährleistet sein. Zum anderen drängt sich die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit geradezu auf. Dies gilt für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, für ein funktionierendes europäisches Asylsystem oder für den gemeinsamen Schutz unserer Außengrenzen. Bei diesen Fragen ist die Zustimmung der Europäerinnen und Europäer zum gemeinsamen Handeln groß und doch traten wir zu lange und zu sehr auf der Stelle.

In den Blick nehmen müssen wir sicherlich auch die Wirtschafts- und Währungsunion. Nach den Krisenjahren 2008–2013 kannten wir in Europa wieder nur eine Richtung, nämlich aufwärts. Zwar konnten viele Fortschritte gemacht werden, doch keineswegs sind alle Risiken ausgeräumt. Die Wirtschafts- und Währungsunion muss dringend weiterentwickelt werden – und das bevor die nächste Krise kommt.

Einige Sorgenkinder wie Griechenland oder Spanien sind keineswegs über den Berg, doch sie haben nach harten Tagen einen guten Weg eingeschlagen. Wesentlich schwieriger gestaltet sich die Lage in Italien. Das Land ist ein Schwergewicht in der Eurozone und gibt uns einigen Grund zur Sorge. Eine neue Bankenkrise mit Folgen für ganz Europa ist dort eine reale Gefahr! Spätestens mit dem Amtsantritt der neuen rechts-links-populistischen Regierung, die das Land sehenden Auges zunehmend in Schieflage bringt, sehe ich einige schwarze Wolken auf uns zukommen.

Allerdings bringt es uns nicht weiter, nur mit dem Finger auf Einzelne zu zeigen. Wenn wir Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und das sozialstaatliche Modell Europas erhalten wollen, dann kommen wir nicht umhin, die Wirtschafts- und Währungsunion insgesamt zu festigen. Meine Kernforderung bleibt hierbei, dass Solidarität nicht ohne Solidität zu haben ist. Ohne Zweifel sollten jedoch einige Fragen künftig europäisch geregelt werden – ich

denke hier beispielsweise an eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlage oder einen Steuerwettbewerb mit europäischen Leitplanken. Dennoch muss auch klar sein, dass mehr Koordination in Wirtschafts- und Finanzfragen keineswegs bedeuten darf, dass wir die Regulierungsschraube überdrehen. Es geht darum, umsichtig die Rahmenbedingungen abzustecken, die die Menschen in Europa dazu befähigen, ihre Ideen voranzubringen! Gute Lösungen für all diese Fragen werden jedoch nicht vom Himmel fallen. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft aller zu sachlichen Diskussionen und Kompromissen. Wir tun also gut daran, diese Debatten konstruktiv mitzugestalten und ich würde mich freuen, wenn sich die Europäische Bausparkassenvereinigung mit ihrer Expertise einbringt.

Eine weitere, ganz konkrete Herausforderung für uns betrifft den Brexit. Neben den vielen Baustellen in Sachfragen, sehe ich es als besonders wichtige Aufgabe, aus den quälenden Monaten und dem oftmals empfundenen Chaos in London unsere Lehren zu ziehen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger auf dem Kontinent hat spätestens in den letzten drei Jahren erkannt, dass die vielen Vorteile Europas nicht zu unterschätzen und keineswegs selbstverständlich sind. Eine wichtige Erkenntnis aus dem Brexit-Chaos betrifft Politik und Gesellschaft gleichermaßen: Oft wird die Art der Entscheidungsfindung auf EU-Ebene kritisiert. Die Auseinandersetzung um den Brexit

und insbesondere eine Lösung für das Verhältnis zwischen Nordirland und der Republik Irland haben uns aber die Stärken dieses Systems vor Augen geführt. Denn nur Dank zäher Verhandlungen und einer europäischen Perspektive konnte der blutige Konflikt dort seit 1998 entschärft werden. Das haben wir aus dem Auge verloren! Die Bereitschaft zum Dialog, zu Kompromissen und zum fairen Ausgleich berechtigter Interessen haben Irland befriedet und auch Deutschland und Europa stark gemacht. Wo uns hingegen Engstirnigkeit und Populismus hinführen, zeigt uns das Chaos um den Brexit leider nur zu deutlich. Auf dieser Erkenntnis vieler Menschen können und müssen wir aufbauen.

Ob wir künftig gemeinsam und konstruktiv an der Weiterentwicklung der EU arbeiten, oder aber den Sirenen in eine ungewisse Zukunft folgen, liegt ganz in unserer Hand. Wir stellen mit unserer Entscheidung bei der Europawahl die Weichen für die Zukunft Europas. Daher bitte ich Sie um Ihr aktives Engagement: Stehen wir gemeinsam für unser Europa ein und packen wir die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam an. Nur mit Ihrer Hilfe wird es uns gelingen, der Europaskepsis unsere konkreten Vorstellungen für eine gute Zukunft Europas entgegenzusetzen!

Rainer Wieland,
Vizepräsident des Europäischen Parlaments



Positionierungen

Positionierung zum Bankenpaket

Wie bereits in den Jahren 2016 und 2017 begleitete die EuBV das Bankenpaket (Überarbeitung der CRR/CRD IV/BRRD/SRMR) im Jahr 2018 mit einem spezifischen Fokus auf eine bausparadäquate Berechnung der Verschuldungsquote. Bei Vor- oder Zwischenfinanzierung eines Bausparvertrags steht im Vergleich zu einer üblichen Bankfinanzierung mit gleichem Saldobetrag und mit gleichem Kreditrisiko ein höherer Betrag in den Büchern. Die Gesamtrisikopositionsmessgröße für die Leverage Ratio fällt bei Bausparkassen höher aus, und die Behandlung bei der Leverage Ratio ist somit ungleich (no level playing field). Um eine regulatorisch herbeigeführte Benachteiligung der Bausparkassen zu vermeiden, sollte eine Anpassung des leverage ratio exposure measure vorgenommen werden. Zur sachgerechten Berücksichtigung des Geschäftsmodells der Bausparkassen sollte eine Verrechnung der Vor- und Zwischenfinanzierungskredite mit den Bausparguthaben auf den zugrunde liegenden Bausparverträgen bei der Berechnung der Gesamtrisikopositionsmessgröße zugelassen werden. Die Bausparkasse könnte dann den vor- oder zwischenfinanzierten Bausparvertrag einrechnen, wie eine Bank ein Darlehen mit gleichem Saldobetrag einrechnet. Die Bausparkassen strebten daher im Jahr 2018 an, in den aufsichtsrechtlichen Vorgaben eine berechnete Gleichbehandlung mit anderen Banken zu erfahren.

Aufgegriffen wurde die Forderung der Bausparkassen erstmals durch den sozialdemokratischen Berichterstatter im Europäischen Parlament in seinem Berichtsentwurf im November 2017. Anschließend bestätigte der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments mit Annahme des Berichts im Juni 2018 die Möglichkeit einer bausparadäquaten Berücksichtigung bei der Berechnung der Verschuldungsquote. Der Rat der

Europäischen Union ließ zunächst in seiner Allgemeinen Ausrichtung im Mai 2018 eine mögliche Berücksichtigung des Verschuldungsquoten-Petitions der Bausparkassen unberücksichtigt. Unter Einbindung der Europäischen Kommission gelang es aber im Herbst 2019, dass eine spezifisch gefasste Textversion eingebracht werden konnte, die in den Trilogverhandlungen vom 21./22. November 2018 auch ratsseitig zustimmungsfähig war. Die politische Zustimmung durch die Wirtschafts- und Finanzminister zum Verhandlungsergebnis erfolgte am 4. Dezember 2018.

Positionierung zur Erstreckung der Leitlinien zum Beschwerdemanagement auf Kreditvermittler im Rahmen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Die EuBV nahm mit ihrer Stellungnahme vom 25. Mai 2018 am Konsultationsverfahren der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) CP/2018/02 vom 27. März 2018 teil. Die EBA konsultierte dabei zu der für Bausparkassen relevanten Frage, ob der Anwendungsbereich der Leitlinien zum Beschwerdemanagement nicht auch auf die in der Wohnimmobilienkreditrichtlinie geregelten Darlehensvermittler anzuwenden sind.

Aus Sicht der EuBV wäre die Anwendung der Leitlinien zum Beschwerdemanagement auf Behörden, die für die Beaufsichtigung der Beschwerdeabwicklung von Kreditvermittlern und Nichtkreditinstituten im Rahmen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (Richtlinie 2014/17/EU) zuständig sind, völlig überzogen. Kreditvermittler nach Artikel 4 (5) der Wohnimmobilienkreditrichtlinie führen ihre Geschäfte im Namen des Kreditgebers aus. In Zivilrechtsordnungen wird das Verhalten von Vermittlern dem Kreditgeber zugerechnet. Ferner ist der Kreditgeber be-

reits an ein Beschwerdeverfahren gebunden und Teil eines Schieds- oder ADR-Verfahrens. Aus Sicht der EuBV reicht es in diesem Fall aus, wenn der Kreditvermittler auf das Beschwerdeverfahren verweist, das der Kreditgeber befolgt. Für die EuBV ist es daher nicht notwendig, ein gesondertes Beschwerdeverfahren für Kreditvermittler einzurichten, da die Verbraucher bereits gemäß Artikel 14 und 15 der Wohnimmobilienkreditrichtlinie über einen solchen Schutz verfügen.

Wie die EBA selbst feststellte, ist mit der Implementierung der Leitlinien hoher administrativer Aufwand verbunden. Auch führt die EBA aus, dass natürliche Personen in vielen Fällen nicht die Kapazität haben, den Anforderungen der Leitlinien zu genügen. Schließlich sind die Leitlinien auf größere, arbeitsteilige Organisationen zugeschnitten und nicht auf Ein-Personen-Vermittler. Die EuBV wies deshalb darauf hin, dass es unverhältnismäßig wäre, wenn auch natürliche Personen als Darlehensvermittler die Leitlinien ebenso implementieren müssten wie größere Unternehmen.

Es ist deshalb unabdingbar, dass bei Umsetzung der Leitlinien das Prinzip der Proportionalität gilt. Im Interesse der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit plädierte die EuBV dafür, dass dieses Prinzip ausdrücklich in den Leitlinien verankert werden sollte. Die EIOPA hat dies in Ziffer 5 der Einführung ihrer „Guidelines on complaints-handling bei insurance intermediaries“ getan. Deshalb unterstrich die EuBV in der Stellungnahme, dass kein Grund bestehe, von dieser Praxis abzuweichen.

Dieses Prinzip eröffne den nationalen Aufsichtsbehörden insbesondere die Möglichkeit, bei Umsetzung der Leitlinien nicht nur zu berücksichtigen, ob es sich bei dem Darlehensvermittler um eine natürliche oder juristische Person handelt, sondern z. B. auch, ob er als gebundener Vermittler in die Beschwerdebearbeitung des Kreditgebers eingebunden ist und damit keine eigenen Leitlinien für die Beschwerdebearbeitung benötigt.

Positionierung zur Kreditwürdigkeitsprüfung nach der Verbraucherkreditrichtlinie

Am 24. April 2018 beteiligte sich die EuBV an einer gemeinsamen Stellungnahme des European Banking Industry Committee (EBIC). Zwei Jahre nach Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und basierend auf den bisherigen Erfahrungen sowie der Ausarbeitung der EBA-Richtlinien für die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Hypothekarkrediten, teilte EBIC einerseits der Generaldirektion der Kommission für Justiz und Verbraucher seine Erfahrungen im Zusammenhang mit den laufenden Arbeiten der Europäischen Kommission zu Bonitätsprüfungen im Bereich der Verbraucherkreditrichtlinie mit. Andererseits versuchte EBIC, mit der Stellungnahme konstruktiv zur Arbeit der Europäischen Kommission in Bezug auf Aktion 9 des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen für Privatkunden beizutragen.

Dabei brachte die Vereinigung eine Überlegung zur Kreditwürdigkeitsprüfung ein, die während der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie zum Vorschein kam. Um Missverständnisse auf nationaler Ebene vorzubeugen, sollte klargestellt werden, dass in jeder zukünftigen Debatte über Leitlinien zur Kreditwürdigkeitsprüfung bei der Bewertung des Einkommens von Gesamtschuldnern (z.B. Ehegatten) auf das Haushaltseinkommen abgestellt werden sollte. Bei individueller Kreditwürdigkeitsprüfung könnte ansonsten die Gefahr bestehen, dass die einzelne Person nicht kreditwürdig ist und die Kreditgewährung nicht erfolgt. Dies stünde auch im Einklang mit den EBA-Leitlinien und den Erwägungsgründen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie.

Positionierung zum Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie über Verbandsklagen

Am 11. April 2018 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Richtlinienvorschlag über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG.

Die EuBV unterstützt das mit dem Richtlinienvorschlag verfolgte Ziel eines effektiven kollektiven Rechtsschutzes

der Verbraucher im Fall von Verstößen gegen EU-Verbraucherrecht.

In den meisten Mitgliedstaaten sind jedoch bereits Regelungen zum kollektiven Rechtsschutz eingeführt bzw. erweitert worden. Soweit in den Mitgliedstaaten bereits wirksame und effiziente Verfahren des kollektiven Rechtsschutzes vorhanden sind, sollten diese durch den Richtlinienvorschlag nicht ausgehebelt werden. Die EuBV rief dazu auf, die Rechtstraditionen der Mitgliedstaaten zu respektieren. Hierfür reicht es jedoch nicht, dass bestehende nationale Verfahren neben dem in der Richtlinie vorgesehenen Verbandsklageverfahren bestehen bleiben können. Vielmehr sollte die Verbandsklage beim Anwendungsbereich auf die Geltendmachung von Verstößen gegen grenzüberschreitende Verstöße gegen Verbraucherrechte beschränkt werden. Denn nur bei einer solchen grenzüberschreitenden Dimension können Verbraucher in mehreren Mitgliedstaaten in gleicher Weise von etwaigen Verstößen eines Unternehmers betroffen sein. Nur bei grenzüberschreitenden Sachverhalten besteht auch das Risiko, dass Verbraucher bei fehlender Möglichkeit einer wirksamen und effizienten Rechtsdurchsetzungsmöglichkeit das Vertrauen in den Binnenmarkt verlieren, so dass nur dann eine Kompetenz nach Art. 114 AEUV für eine einheitliche europaweite Verbandsklage in Betracht kommt.

Sofern dennoch von einer solchen Beschränkung abgesehen wird, muss sichergestellt werden, dass die neuen Vorgaben zur Verbandsklage den Besonderheiten der einzelnen nationalen Verfahrensordnungen Rechnung tragen und die bestehenden nationalen Verfahrensgrundsätze beachten. Dieser Rechtsgedanke liegt im Übrigen auch Art. 81 AEUV zugrunde, der den Erlass von Maßnahmen zur Angleichung der Rechtsvorschriften nur ergänzend zu einer auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung beruhenden justiziellen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten vorsieht.

Position zu Mindestkapitalanforderungen für das Marktrisiko

Im Rahmen des „Fundamental Review of the Trading Book“ (FRTB) wird die erforderliche Eigenkapitalunterlegung für Marktrisiken neu kalibriert. Obwohl zum Jahresbeginn 2018 der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht seine Arbeiten an einer Aktualisierung der Regelungen im Rahmen des FRTB noch nicht abgeschlossen hatte, wur-

den verschiedene Aspekte des Marktrisikos bereits im Legislativprozess zum Bankenpaket behandelt. Die EuBV empfahl daher gegenüber dem Europäischen Parlament, die Vorschläge der Europäischen Kommission innerhalb des Bankenpakets zum FRTB so lange auf Eis zu legen, bis die technischen Diskussionen auf internationaler Ebene abgeschlossen sind und ein aktualisierter Text vorliegt. Europa solle nicht, so die Argumentation der Vereinigung, unter ungleichen Wettbewerbsbedingungen leiden, indem internationale Standards in der Überarbeitung der CRR umgesetzt werden, die noch nicht fertiggestellt sind.

Falls das Europäische Parlament jedoch den Entschluss fassen sollte, die Regelungen des heutigen FRTB umzusetzen, unterstützte die EuBV Bestrebungen, bei der Abgrenzung zwischen Anlage- und Handelsbuch auf die Handelsabsicht eines Instituts abzustellen.

In jedem Fall müsse vermieden werden, dass zahlreiche Nichthandelsbuchinstitute aufgrund von neuen Abgrenzungen den Regularien für Handelsbuchinstitute unterworfen werden. So gehe Art. 104f. des überarbeiteten CRR-Entwurfs von der Regelvermutung aus, dass Investmentfonds mit Aktienanteil und täglicher Durchschau dem Handelsbuch zuzuordnen sind. Mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde sollen sie aber im Anlagebuch geführt werden dürfen. Die Anlage in derartige Fondsanteile ist insbesondere bei kleineren und spezialisierten Nichthandelsbuchinstituten verbreitet. Hier weisen weder das Management des Instituts noch der Fondsgesellschaft die Charakteristika einer Handelsbuchstätigkeit auf. Daher müsste die erforderliche Genehmigung der Zuordnung von bestimmten Anlagen zum Anlagebuch unbedingt praktikabel ausgestaltet werden.

Außerdem sieht der Entwurf zur Überarbeitung der CRR eine Ausnahme für Handelsbuchstätigkeiten von geringem Umfang vor (Art. 94). Nach dem CRR-Entwurf soll der Höchstumfang der Handelsbuchstätigkeit für die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung erhöht und auf 50 Mio. Euro und 5 Prozent der Bilanzsumme festgelegt werden. Die Grenze von 50 Mio. Euro sollte, so die EuBV, im Hinblick auf die Möglichkeit, Institute mit wenig Handelsaktivitäten auch dauerhaft ausnehmen zu können, deutlich angehoben werden. Auch der relative Schwellenwert sollte erhöht werden.

Am 6. Juni 2018 nahm die EuBV zudem an dem Konsultationsverfahren des Baseler Ausschusses zur Überarbei-

tung der Mindestkapitalanforderungen für das Marktrisiko (BCBS 436) teil. Dabei fokussierte sich die Vereinigung auch hier auf die Frage der künftigen Abgrenzung zwischen Handels- und Anlagebuch. Vom Standpunkt eines Nicht-Handelsbuch-Instituts forderte die EuBV eine weitergehende Klarstellung des Zusammenspiels der Abschnitte 12 und 16.

Stellungnahme der EuBV zur Anwendung des IRB-Ansatzes

Die EBA hatte in den letzten Jahren unter Berufung auf Verpflichtungen aus der CRR mehrere Vorschläge zum IRB-Ansatz für das Kreditrisiko unterbreitet, um einer ungerechtfertigten Variabilität der Ergebnisse von internen Modellen entgegenzuwirken. Die Vorschläge laufen aber auf eine erhebliche Einschränkung der Methodenfreiheit der Institute hinaus.

Die EuBV nahm im Mai 2018 an den von der EBA organisierten öffentlichen Konsultationen EBA/CP/2018/07 und EBA/CP/2018/08 zur Spezifikation des wirtschaftlichen Abschwungs und zur Schätzung der Verlustquote bei einem Abschwung teil. Die EuBV hat sich in ihrer Stellung-

nahme insbesondere kritisch mit den Anforderungen an die Datenerfassung für Perioden des Abschwungs und an die Selektion geeigneter Perioden für die Schätzung der Verlustquote sowie mit dem dadurch notwendigerweise entstehenden unverhältnismäßig hohen Aufwand für die Institute befasst.

Die EBA hat die finalen technischen Standards für die Spezifikation des wirtschaftlichen Abschwungs im November 2018 bekannt gemacht. Sie erwartet, dass durch die Berücksichtigung der Standards in Verbindung mit den 2017 finalisierten Leitlinien zur Schätzung von Risikoparametern und zur Behandlung von ausgefallenen Forderungen in den meisten internen Modellen Änderungsbedarf entsteht, so dass diese erneut durch die Bankenaufsicht abzunehmen sein werden. Die Standards sollen wie die Leitlinien ab dem 1. Januar 2021 angewendet werden.

Im März 2019 hat die EBA die finalen Leitlinien zur Schätzung der Verlustquote bei einem Abschwung veröffentlicht und damit ihre Arbeiten am IRB-Ansatz abgeschlossen. Sie fordert die Institute auf, frühzeitig mit der zuständigen Aufsichtsbehörde über die Umsetzung zu sprechen, um eine rechtzeitige Befassung der Behörde mit den internen Modellen im Hinblick auf eine Genehmigung der wesentlichen Änderungen sicherzustellen.



Tätigkeiten der Ausschüsse

Im Jahr 2018 haben die drei satzungsmäßigen Fachausschüsse der Europäischen Bausparkassenvereinigung, der Ausschuss für Wohnungspolitik und Marketing, der Finanzausschuss sowie der Rechtsausschuss, jeweils zweimal getagt. Die Halbjahrestagung der Europäischen Bausparkassenvereinigung fand am 8./9. März 2018 in Brüssel, die Jahrestagung am 4./5. Oktober 2018 in Rom statt. Dabei befassten sich die Fachausschüsse mit aktuellen bausparkrelevanten Schwerpunktthemen.

Ausschuss für Wohnungspolitik und Marketing

Das Treffen des Ausschusses für Wohnungspolitik und Marketing der Frühjahrssitzung in Brüssel stand ganz unter dem Zeichen Wohnungspolitik. Mag. Eva Bauer (Verband der gemeinnützigen Bauvereinigungen) gab einen detaillierten Einblick in das System des österreichischen gemeinnützigen Wohnbaus. Der zweite Gastredner bei der Frühjahrssitzung des Ausschusses, Dimitros Athanasiou (DG ENER, Europäische Kommission), berichtete über bevorstehende Neuerungen aufgrund der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden.

Beim Jahrestreffen der Europäischen Bausparkassenvereinigung in Rom wurde das Thema Digitalisierung in den Fokus gerückt. Dipl. Ing. Christine Antlanger (Geschäftsführerin des Marketingunternehmens Mindshare, Österreich) brachte dem Marketingausschuss näher, auf welche digitalen Trends sich Banken und Bausparkassen in naher Zukunft einstellen müssen. Besonders ging sie auf Strategien von Banken und anderen Unternehmen der Finanzbranche ein. Erich Feix, (slowakische Bausparkasse PSS) hielt einen Vortrag über die Vorteile des Bausparens in der Slowakei aus Kundensicht.

Finanzausschuss

Im Fokus der Frühjahrssitzung des EuBV-Finanzausschusses standen die Themen aufsichtlicher Zinsschock sowie ein Sachstandsbericht zu den Arbeiten des Rats der Europäischen Union zur Überarbeitung der CRR im Rahmen des Bankenpakets. Dr. Torsten Kelp (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn) führte zu der derzeitigen und künftigen Messung sowie der Risikotragfähigkeit des aufsichtlichen Zinsschocks aus. Eva Maria Lüdemann (Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Brüssel) schilderte schwerpunktmäßig jene drei Bereiche, die einer allgemeinen Ausrichtung zur Überarbeitung der CRR im Rat noch im Wege stünden. Diese waren der Umgang mit dem FRTB (Fundamental Review of the Trading Book), die MREL (Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities)-Kalibrierung sowie die Ausnahme der Förderbanken aus dem Anwendungsbereich der CRR/CRD IV.

In der Herbstsitzung sprach Dr. Benedict Hruby (Österreichisches Bundesministerium für Finanzen) zu dem Themenkomplex „MREL/TLAC – Aktuelle Entwicklungen/Auswirkungen auf einlagenbasierte Institute und Angelo Peppetti (Italienischen Bankenverband, Rom) über aktuelle Entwicklungen in der italienischen Bankenlandschaft.

Rechtsausschuss

Während des ersten Treffens des Rechtsausschusses im Jahr 2018 berichtete Ralf Jacob (DG FISMA, Europäische Kommission) über die aktuellen Maßnahmen der EU-Kommission zur Umsetzung des Aktionsplans Finanzdienstleistungen. MdEP Wolf Klinz, Schattenberichterstatter der ALDE-Fraktion, fasste die Neuregelung der

Rechtsgrundlagen für die europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) zusammen und lieferte Einblicke in die laufenden Verhandlungen. Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete Egelyn Braun (DG JUSTIZ, Europäische Kommission) über den von der EU-Kommission geplanten „New Deal“ für Verbraucher.

In der zweiten Sitzung referierte Judith Gögele (Pensplan Centrum AG, Italien) zum Thema „Bausparen mit dem Zusatzrentenfonds in Südtirol“. Zusätzlich erörterte der Ausschuss die im Rahmen des sog. „New Deals für Verbraucher“ von der EU-Kommission im April 2018 vorgelegten Gesetzgebungsvorschläge. Anschließend berichteten Thomas Erhardt und Roberta Brunelli (AmTrust International Mortgage and Credit, Italien) über das Geschäfts-

modell ihres Unternehmens, welches sich unter anderem mit dem Hedging von Rückstellungen nach IFRS 9 beschäftigt. Weiterhin wurde das von der EU-Kommission am 24. Mai 2018 vorgelegte Gesetzgebungspaket zur nachhaltigen Finanzierung, mit dem das derzeitige Finanzsystem der EU so umgestaltet werden soll, dass künftig bei Investitionsentscheidungen ökologische, soziale und Governance-Erwägungen stärker berücksichtigt werden, besprochen. Abschließend erörterte der Ausschuss den aktuellen Stand der Gesetzgebungsverfahren zu EDIS (European Deposit Insurance Scheme), zum ESAs review, zum paneuropäischen Altersvorsorgeprodukt (PEPP) sowie zum Stand der Überprüfung der Umsetzung des Common Reporting Standards (CRS) durch die OECD.



Europawahl 2019

Positionen und Empfehlungen der europäischen Bausparkassenvereinigung

Über Jahrzehnte hinweg war die Europäische Integration eine Erfolgsgeschichte. Sie ist das größte Friedensprojekt nach dem Zweiten Weltkrieg. Politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Annäherung waren dabei seit jeher integrale Bestandteile dieses Prozesses. Im Jahr 2019 verlässt mit dem Vereinigten Königreich nun erstmals ein Gründungsmitglied diesen Staatenverbund. Der „Brexit“ und die antieuropäische Stimmung sind dabei kein singuläres Ereignis, sondern Ausdruck einer generellen Skepsis gegenüber supranationalen Institutionen in Europa. Die Europäische Union steht heute vor der Notwendigkeit, sich nach innen zu reformieren und das Vertrauen der Menschen zu erhalten. Dabei sollte sie sich von den Prinzipien leiten lassen, die jahrzehntelang ihre Stärke begründete, nämlich denen von Subsidiarität und Proportionalität.

Die Bausparkassen halten die als Reaktion auf die im Jahr 2008 ausgebrochene Finanzkrise geschaffene Bankenunion und die Harmonisierung des europäischen Bankenaufsichtsrechts (Single Rulebook) für einen wesentlichen Faktor zur Schaffung eines sicheren und soliden europäischen Finanzsektors. In diesem Zusammenhang sollten aber auch die Geschäftsmodelle spezialisierter Institute, wie etwa der Bausparkassen, zur Vermeidung von Benachteiligungen gegenüber Universalkreditinstituten stärker berücksichtigt werden. Auch sollte die EU bei der Finanzmarktregulierung vorrangig nur über solche Geschäftsmodelle und Institute wachen, die binnenmarktrelevant sind.

Vor diesem Hintergrund haben die Bausparkassen folgende Empfehlungen für die kommende Legislaturperiode des Europäischen Parlaments und die neue Europäische Kommission erarbeitet.

Nachhaltige Finanzierung ohne Diskriminierung

Die Neuausrichtung von Kapitalströmen in nachhaltigere Anlagen ist grundsätzlich zu unterstützen, um effektiv gegen den Klimawandel vorgehen zu können und die Ziele des Pariser Abkommens einzuhalten. Dazu fehlen ca. 180 Milliarden Euro jährlich, welche der öffentliche Sektor allein nicht aufbringen kann. Das Kerngeschäft der Bausparkassen umfasst neben der Finanzierung von Wohnraum auch die Bereitstellung von Renovierungskrediten. Diese werden von den Kunden überwiegend für Maßnahmen der energetischen Sanierung verwendet und stellen damit bereits zum jetzigen Zeitpunkt einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung dar. Wir plädieren nachdrücklich dafür, im Rahmen des von der Europäischen Kommission im Mai 2018 vorgelegten Gesetzgebungspakets zur „Nachhaltigen Finanzierung“ stärker auf das Prinzip der Freiwilligkeit zu setzen und vor allem Maßnahmen vorzusehen, die der Schaffung von Markttransparenz dienen. Standards für die Definition, was als „nachhaltig“ gelten soll, dürfen darüber nicht hinausgehen.

Proportionalität und adäquate Berücksichtigung des Risikos unterschiedlicher Geschäftsmodelle

Bei der europäischen Regulierung ist den Grundsätzen der Subsidiarität und der Proportionalität stärker Geltung zu verschaffen. Der EU-Bankenmarkt umfasst Kreditinstitute mit unterschiedlichsten Geschäftsmodellen. Hierzu gehören auch die Bausparkassen mit ihrem regelmäßig kleinteiligen und risikoarmen Bauspargeschäft. Die nationalen Aufsichtsbehörden kennen die Besonderheiten der unterschiedlichen Geschäftsmodelle aus ihrer jahrzehntelangen Aufsichtstätigkeit. Infolgedessen sind ihre Kompetenzen zu stärken, um wieder eine sachgerechtere und risikoorientiertere Beaufsichtigung und Regulierung zu erreichen. Dies ist dringend geboten, da zahlreiche Regulierungsvorhaben auf global agierende, systemrelevante Institute zugeschnitten sind (insbesondere die Vorgaben des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht). EZB und die EBA sollten deshalb den gesetzlichen Auftrag erhalten, jeweils zu prüfen, ob einzelne Geschäftsmodelle eine bestimmte Regulierung benötigen und wie gegebenenfalls ihre Benachteiligung vermieden werden kann.

Regulierungspause und Verlängerung von Umsetzungsfristen

Neben einem proportionalen und geschäftsmodellsspezifischen Ansatz ist eine generelle Regulierungspause von Nöten. Die massiven neuen Regulierungswerke belasten die Institute finanziell und personell. Nach zehn Jahren Intensivregulierung ist eine Atempause angemessen. Um der Regulierungsflut Herr zu werden, muss auch die EBA-Selbstmandatierung eingeschränkt werden. Zudem ist eine Verlängerung der Umsetzungsfristen notwendig, um eine sorgfältige Implementierung aller Regulierungsthemen sowie die hierzu notwendige IT-Umsetzung zu ermöglichen.

EU-Richtlinien und EU-Verordnungen sind in der Regel zwei Jahre nach dem Inkrafttreten bzw. Wirksamwerden in nationales Recht umzusetzen bzw. anzuwenden. Wie das Beispiel der Wohnimmobilienkreditrichtlinie zeigt, sind die europäischen Vorgaben aber häufig so komplex, dass den nationalen Gesetzgebern diese Frist nicht ausreicht. Für die Umsetzung bzw. Anwendung von Richtlinien und Verordnungen sollten künftig generell 3 Jahre vorgesehen werden.

Empfehlungen auf einen Blick

- Nachhaltige Finanzierung ohne Diskriminierung
- Proportionalität und adäquate Berücksichtigung des Risikos unterschiedlicher Geschäftsmodelle
- Regulierungspause und Verlängerung von Umsetzungsfristen
- Risikoadjustierte Umsetzung der finalen Basel III-Beschlüsse
- Regulierung von Schattenbanken
- Risikoreduzierung vor Einlagensicherung
- Verhinderung des Missbrauchs und Ermöglichung des Feststellungsantrags bei Verbandsklagen
- Erhöhung der Rechtssicherheit und praxisgerechte Verbraucherinformationen bei Evaluierung der Verbraucherkreditrichtlinie
- Risikobasierter Ansatz zur Bekämpfung der Geldwäsche
- Wohnen in Europa: Interparlamentarischer Dialog über Stadt-Land-Gefälle



Risikoadjustierte Umsetzung der finalen Basel III-Beschlüsse

Auch bei der Umsetzung der finalen Basel III-Beschlüsse ist es notwendig, das Geschäftsmodell der Bausparkassen zu berücksichtigen, um eine nicht gerechtfertigte regulatorische Benachteiligung zu vermeiden. Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen: Im Rahmen des neuen Standardansatzes für das operationelle Risiko soll für die Service-Komponente des Geschäftsindikators das Maximum von Provisionserträgen und -aufwendungen herangezogen werden. Für provisionsbasierte Geschäftsmodelle, wie das der Bausparkassen, ergäbe sich hieraus eine unrealistische Risikoeinschätzung. Nach Proberechnungen der Bankenaufsicht hätte dies eine deutliche Erhöhung der Kapitalanforderung zur Folge. Um dem Geschäftsmodell der Bausparkassen angemessen Rechnung zu tragen, sollte, für den Fall, dass sich Provisionserträge und -aufwendungen vollständig bedingen, ein Netting von Provisionserträgen und -aufwendungen zugelassen werden.

Ein zweites Beispiel betrifft die Abgrenzung zwischen Handelsbuch und Anlagebuch, die im Rahmen der grundlegenden Überarbeitung des Handelsbuchs (FRTB) neu geregelt wird und Auswirkungen auf die notwendige Eigenkapitalunterlegung für das Marktrisiko hat. Durch die neuen Anforderungen an das Handelsbuch werden bisherige Nicht-Handelsbuchinstitute, wie Bausparkassen, möglicherweise den Handelsbuchinstituten zugerechnet werden, obwohl die Führung eines Handelsbuchs unverhältnismäßig wäre. Insbesondere spezialisierte Institute mit beschränktem Anlagespektrum ohne Handelsabsicht können betroffen sein, denn hier ist die Anlage in Fondsanteilen mit täglicher Durchschau weit verbreitet. Die Bausparkassen fordern daher, dass die Zuordnung eines Instruments oder Produkts zum Handelsbuch nur bei Handelsabsicht vorgenommen werden muss.

Regulierung von Schattenbanken

Die Aufsichts- und Regulierungsdichte für Kreditinstitute ist zwischenzeitlich auf einem sehr hohen Niveau. Es ist jedoch zu beachten, dass eine Systemgefährdung nicht ausschließlich von Kreditinstituten ausgeht. Um einen fairen Wettbewerb zu erhalten, müssen Unternehmen mit gleichen Geschäftsaktivitäten und gleichen Risiken

auch einer gleichen Aufsicht und Regulierung unterworfen sein. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf den steigenden Einfluss und die Systemrelevanz von Schattenbanken, FinTechs und BigTechs zu achten.

Deren Regulierung ist an die Regulierungsschärfe für Kreditinstitute anzugleichen. Gleiche Tätigkeiten bzw. gleiche Risiken müssen einheitlich geregelt werden.

Risikoreduzierung vor Einlagensicherung

Die Bausparkassen sind der Auffassung, dass die Einführung einer europäischen Einlagensicherung (EDIS) erst nach einer umfassenden Reduzierung der Kreditrisiken im Bankensektor erfolgen kann. Denn die übereilte Einführung von EDIS könnte zu unkalkulierbaren Folgewirkungen für die Finanzstabilität führen, da auf diese Weise die Haftung für eingegangene Risiken auf risikoaverse, solvente Institute übertragen würde, während die Gewinnchancen ausschließlich bei den risikogeneigten Instituten verbliebe. Damit führt EDIS die Gefahr der Trennung von Risiko und Haftung sowie Zwangstransfers zwischen den Bankensystemen der Mitgliedsstaaten mit sich.

Verhinderung des Missbrauchs und Ermöglichung des Feststellungsantrags bei Verbandsklagen

Wir begrüßen grundsätzlich, dass die Europäische Kommission mit dem Richtlinienvorschlag zur Verbandsklage ein effizientes Instrument zum Schutz kollektiver Verbraucherinteressen zur Verfügung stellen will. Wir sprechen uns aber dafür aus, bei der Ausgestaltung der Verbandsklage ein ausdrückliches Mandat des Verbrauchers (sog. „Opt-in-Modell“) vorauszusetzen. Der Verbraucher soll selbst entscheiden können, ob er einen Rechtsstreit führen will. Um ein „Forum Shopping“ zu verhindern, sollte das Opt-in-Modell einheitlich in allen Mitgliedstaaten gelten. Auch muss sichergestellt werden, dass nur Fälle mit echtem Massebezug zum Gegenstand der Verbandsklage gemacht werden können. Um einen Missbrauch der Verbandsklage zum Schaden der Wirtschaft zu verhindern, sind v.a. die Voraussetzungen an die Klagebefugnis von Einrichtungen enger zu fassen. Da die Höhe

eines Schadensersatzanspruchs des Verbrauchers häufig vom Einzelfall abhängig ist, ist eine europäische Verbandsklage in Form einer Feststellungsklage regelmäßig effizienter. Es sollten insoweit keine über bereits vorhandene und ausreichende Standards in den Mitgliedstaaten (z.B. Musterfeststellungsklage in Deutschland) hinausgehenden Regulierungsanforderungen geschaffen werden.

Erhöhung der Rechtssicherheit und praxisgerechte Verbraucherinformationen bei Evaluierung der Verbraucherkreditrichtlinie

Die mit erheblichen administrativen Aufwänden verbundene Umsetzung der neuen Vorgaben aus der Verbraucherkredit- und Wohnimmobilienkreditrichtlinie (CCD bzw. MCD) ist gerade erst erfolgt. Aktuell evaluiert die Europäische Kommission erneut die Verbraucherkreditrichtlinie (2008/48/EG).

Kreditwürdigkeitsprüfung

Grundsätzlich sollten europäische Regeln nur erlassen werden, wenn sie der Schaffung des Binnenmarktes und seiner Funktionsfähigkeit dienen. Oberstes Prinzip für den Gesetzgeber sollte sein, die Rechtssicherheit für beide Vertragsparteien zu erhöhen. Gerade in diesem Punkt gibt es vielfältigen Nachbesserungsbedarf. So muss auf europäischer Ebene klargestellt werden, dass bei der Einkommens- und Ausgabenrechnung für die Kreditwürdigkeitsprüfung auf das Haushaltseinkommen abzustellen ist und nicht auf das Individualeinkommen des Kreditnehmers, so wie dies aufsichtsrechtlich bereits mit dem Begriff der Kreditnehmereinheit klargestellt ist.

Definition des Kreditvertrages & Errechnung des effektiven Jahreszinses

Ein wesentlicher Punkt, der auf europäischer Ebene diskutiert werden sollte, ist in jedem Fall die Frage der Definition des Kreditvertrages. Das europäische Recht definiert die essentialia negotii, also die Vertragsbestandteile des Darlehensvertrages, nämlich nicht. Dies führt dazu, dass in einigen Mitgliedstaaten der Preis für das „Leihen des Geldes“ neben dem Zins auch eine Gebühr sein kann, so wie dies beispielsweise in Österreich der Fall ist. In Deutschland dürfen dagegen nach der höchstgerichtlichen Rechtsprechung laufzeitunabhängige Gebühren nicht verlangt werden. Dieser elementare Unterschied ist

trotz gleicher Verbraucherschutzvorschriften der EU möglich, weil das Europarecht den Darlehensvertrag nicht definiert hat. Paradox ist dies auch unter dem Blickwinkel, wenn man sich die Vorschriften zur Errechnung des effektiven Jahreszinses in den jeweiligen Richtlinien ansieht. Die EU-Vorgaben sehen gerade vor, dass derartige Gebühren mit in den effektiven Jahreszins einberechnet werden müssen. Sie gehen also von ihrer Existenz aus, obwohl sie beispielsweise in Deutschland gar nicht erlaubt sind. Diesen Widerspruch jemanden zu erklären, ist nicht einfach.

Negativzinsen

Im Rahmen der zu führenden Grundsatzdiskussion bezüglich der Definition eines Kreditvertrages sollte auch das Thema der Vereinbarung von Negativzinsen erörtert werden.

Es ist gerade die europäische Institution der EZB, die negative Zinsen vorgibt, und das europäische Zivilrecht schweigt dazu, ob eine derartige Vereinbarung möglich ist. Die Rechtsprechung einzelner Mitgliedstaaten musste sich bereits mit diesem Phänomen, insbesondere bei Zinsgleitklauseln, auseinandersetzen und ist auch hier zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen.

Gerade die Möglichkeit der Vereinbarung negativer Zinsen ist aber eine der wesentlichsten Fragen bezüglich der Rechtsnatur und der Möglichkeit der Gestaltung von Verbraucherdarlehensverträgen, worüber es sich lohnen würde, auf europäischer Ebene eine Grundorientierung zu erarbeiten.

Fremdwährungskredite

Ein weiteres Problem ergibt sich aktuell im Rahmen der Umsetzung der Vorgaben für sogenannte Fremdwährungskredite nach der Wohnimmobilienkreditrichtlinie. Da die Richtlinie zwischen Einkommens- und Wohnsitzwährung differenziert, sind viele Grenzgänger, die die europäische Freizügigkeit nutzen, indem sie in der Eurozone leben, aber im benachbarten EU-Ausland arbeiten, von der Kreditvergabe größtenteils ausgeschlossen. Hier besteht dringender regulatorischer Korrekturbedarf.

Europäisches Standardisiertes Merkblatt (ESIS)

Das speziell für die Schaffung von mehr Transparenz beim grenzüberschreitenden Angebot von Wohnimmobilienkrediten entwickelte Europäische Standardisierte Merkblatt (ESIS) umfasst nach den Vorgaben der Wohnimmobilienkreditrichtlinie mittlerweile zwischen 30 Seiten

(Deutschland) und 80 Seiten (Dänemark). Damit wird zum einen der ursprüngliche Zweck des ESIS konterkariert, den Verbrauchern bei der grenzüberschreitenden Suche nach dem günstigsten Kredit einen schnellen Vergleich der wichtigsten Eigenschaften der vorliegenden Angebote zu ermöglichen. Zum anderen nehmen die Verbraucher die für sie wichtigen Informationen gar nicht mehr zur Kenntnis. Gerade im Interesse einer Verbesserung des grenzüberschreitenden Kreditangebots besteht hier deshalb dringender Handlungsbedarf. Außerdem wird der grenzüberschreitende Vertrieb von Finanzprodukten durch unterschiedliche Vorschriften zu Vermittlungsprovisionen unattraktiv gemacht mit der Folge, dass die von den europäischen Richtlinien vorgesehene einmalige bankaufsichtsrechtliche Zulassung im Herkunftsland (einheitlicher europäischer Pass) letztlich nutzlos bleibt.

Rom I-Verordnung

Das größte Hindernis stellt jedoch nach Einschätzung der Bausparkassen die Rom I-Verordnung dar, nach der jeweils das am Aufenthaltsort des Verbrauchers geltende Verbraucherschutzrecht Anwendung findet. Dies führt zu unkalkulierbaren Rechtsrisiken für die Anbieter, sofern diese ihre Produkte nicht zu 100 Prozent an die rechtlichen Rahmenbedingungen des Ziellandes anpassen. Hierdurch werden die Anbieter generell vom grenzüberschreitenden Angebot von Finanzdienstleistungen abgeschreckt. Wir appellieren daher an die EU-Kommission, durch eine Änderung von Art. 6 Absatz 1 der Rom I-Verordnung die notwendige Voraussetzung für eine Steigerung des grenzüberschreitenden Angebots von Finanzdienstleistungen zu schaffen.

Risikobasierter Ansatz zur Bekämpfung der Geldwäsche

Die Bausparkassen begrüßen, dass der europäische Gesetzgeber seinen Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einen risikobasierenden Ansatz zugrunde legt. Dieser sollte allerdings gerade bei Instituten, die – wie die Bausparkassen – Produkte mit geringem Geldwäscherisiko anbieten, durchgängig in allen Bereichen der Geldwäschebekämpfung Anwendung finden. Zielführend wäre in diesem Zusammenhang etwa die Erweiterung der im Anhang der EU-Geldwäscherichtlinie enthaltenen Liste von Produkten mit geringem Geldwäscherisiko um Finanzprodukte mit langfristigen Anla-

gehorizont. Auf diese Weise wäre die Anwendung vereinfachter Sorgfaltspflichten auch auf Bausparverträge möglich. Darüber hinaus sollten die geldwäscherrechtlichen Anforderungen im Zusammenhang mit der Vermittlung und dem Erwerb privater Wohnimmobilien praktikabel gestaltet werden, etwa durch die Einführung von Schwellenwerten.

Im Rahmen des automatischen Austauschs über Finanzkonten (FATCA und OECD-Meldestandard) sollte ebenfalls zwischen Finanzprodukten, die im Fokus krimineller Interessen stehen, und solchen, die sich dafür wenig eignen, stärker unterschieden werden. Da sich Bausparverträge nicht zu Steuerhinterziehung eignen und auch kein Geldwäscherisiko besteht, sollten Bausparkassen und Bausparkkonten weiterhin als „Low Risk Non-reporting Financial Institutions“ bzw. „Low Risk Excluded Accounts“ vom OECD-Meldestandard ausgenommen bleiben.

Wohnen in Europa: Interparlamentarischer Dialog über Stadt-Land-Gefälle

Wohnen gehört zu den zentralen Grundbedürfnissen des Menschen. Zwischen den Wohnungsmärkten in Europa gibt es große Unterschiede, einige Tendenzen zeichnen sich aber in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen ab: Der Trend zur Urbanisierung hält an, Wohnraum in den wirtschaftlich starken Zentren ist knapp und die Preise sind dort aufwärtsgerichtet. Gleichzeitig gibt es in Europa Regionen, die sich zunehmend entleeren und die öffentliche Daseinsvorsorge dort vor große Herausforderungen stellen. Das sich ergebende Stadt-Land-Gefälle ist zum Problem für den Zusammenhalt in den Ländern der Union geworden. Dennoch: Überall gibt es gute Beispiele, wie mit den Problemen umgegangen werden kann – Ansätze, von denen andere wiederum lernen können.

Die Bausparkassen regen an, dass das Europäische Parlament wieder einen Erfahrungsaustausch der Wohnungspolitik der Fraktionen institutionalisiert, etwa im Wege einer interparlamentarischen Gruppe, in der solche best practices vorgestellt und debattiert werden können.



Wohnwirtschaftliche Entwicklungen in Europa

Die Bautätigkeit in Europa hat sich im Jahr 2018 zwar wieder sehr heterogen entwickelt, zwei Tendenzen zeichnen sich jedoch ab: Die Investitionstätigkeit normalisiert sich in Westeuropa und expandiert kräftig in Osteuropa. Mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs (-0,8 Prozent) legten die Investitionen im Hoch- und Tiefbau in allen anderen Staaten zu, die von den nationalen Forschungsinstituten im Euroconstruct-Verbund untersucht werden (insgesamt haben sich darin 19 Institute organisiert). In Westeuropa wuchsen die Investitionen um durchschnittlich 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, darunter am stärksten in Portugal (+7,6 Prozent) und in den Niederlanden (+6,3 Prozent). In Osteuropa betrug die Veränderungsrate 13,4 Prozent. Hier war das Wachstum am stärksten in Ungarn (+24,7 Prozent).

Wohnbauinvestitionen wachsen weiter, aber langsamer

Etwa die Hälfte der gesamten Bauinvestitionen vollzogen sich 2018 im Wohnungsbau. Die Ausgaben wuchsen mit durchschnittlich 2,8 Prozent in demselben Maße wie die gesamte Bautätigkeit in den 19 Euroconstruct-Ländern, die Rate halbierte sich aber gegenüber dem Vorjahr. Nach Einschätzung der Experten dürften die Investitionen im Durchschnitt auch in den kommenden drei Jahren des Prognosezeitraums immer langsamer wachsen. 2021 wird für sieben Länder mit einem Rückgang gerechnet. Die Ausgaben für Neubauprojekte sind 2018 stärker gewachsen als die Investitionen im Bestand, folglich steigt ihr Anteil an den Gesamtausgaben im Wohnungsbau auf 45 Prozent.

In Osteuropa (+14,9 Prozent) machten die Ausgaben für Wohnungsbau nochmals einen gewaltigen Sprung um 42,1 Prozent nach oben, nachdem sie bereits 2017 stark gestiegen waren (+31,6 Prozent). Polen bildet, was das Wachstumstempo angeht, das Schlusslicht in Osteuropa – mit beachtlichen 10,2 Prozent. In Polen lagen die absoluten Ausgaben mit 14,8 Mrd. Euro dagegen weit über den drei anderen osteuropäischen Ländern im Euroconstruct-Verbund. In Westeuropa (+2,4 Prozent) setzten sich die ehemaligen Krisenstaaten Irland (+19,3 Prozent), Portugal (+11,8 Prozent) und Spanien (+7,9 Prozent) erneut an die Wachstumsspitze. Aber auch in den Niederlanden (+6,0 Prozent, bei sinkender Dynamik) und Finnland (+5,1 Prozent, bei steigender Dynamik) wurde kräftig investiert. Norwegen ist das einzige Land, in dem die Wohnungsbauausgaben sanken – mit -5,0 Prozent auch sehr deutlich. Für das Jahr 2019 rechnen die Euroconstruct-Wissenschaftler mit einer Verlangsamung des Wachstums oder sogar mit einem Rückgang der Bauinvestitionen. Nur in Dänemark, Italien und dem Vereinigten Königreich dürften die Investitionen stärker wachsen als 2018.

Wohnungsneubau mit kräftigem Plus, aber trübe Aussichten – ist der Boom vorbei?

Bei den Fertigstellungen gab es auch im Jahr 2018 ein deutliches Plus gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt wurden in den 19 Euroconstruct-Ländern 1,75 Mio. Wohnungen fertiggestellt, das waren 142.000 oder 8,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Während in Westeuropa durch-

schnittlich 8,1 Prozent mehr Wohnungen gebaut wurden als 2017, waren es in Osteuropa 12,9 Prozent. Das Wachstum vollzog sich auf breiter Front mit teils beachtlichen Raten – nur in Belgien kam es zu einem Rückgang (-0,8 Prozent). Die Experten prognostizieren aber für das Jahr 2019 wiederum eine verringerte Dynamik, durchschnittlich dürften dann 4,9 Prozent mehr Wohnungen fertiggestellt werden. Für 2020 rechnen die Wissenschaftler dann mit einem leichten Rückgang bei den Fertigstellungen (-0,4 Prozent), dem teils deutliche Eintrübungen in acht Ländern zugrunde liegen.

In Ungarn wurden 2018 mehr als doppelt so viele Wohneinheiten fertig wie im Jahr davor (+108,3 Prozent), allerdings ausgehend von einem immer noch niedrigen Niveau (von 14.400 Einheiten auf 30.000). Deutliche Zuwachsraten gab es auch wieder in Irland (+31,6 Prozent auf 19.000), Spanien (+28,2 Prozent auf 70.000) und Portugal (+24,4 Prozent auf 10.700), wo es auch in den kommenden Jahren noch, gegen den europäischen Trend, beschleunigt aufwärts gehen dürfte. Am meisten Wohnungen wurden 2018 in Frankreich gebaut, nämlich 408.000 und damit 40.600 oder 11,1 Prozent mehr als 2017. Beachtlich sind

Wohnungs-Bauvolumen in Europa nach Ländern

(absolute Zahlen in Mio. Euro)

LAND	2014	2015	2016	2017	2018 ¹
Belgien	19.141	19.861	20.504	21.184	21.882
Dänemark	13.284	13.929	14.714	15.206	15.702
Deutschland	166.549	173.685	180.439	185.675	188.705
Finnland	12.493	12.820	13.743	14.179	14.907
Frankreich	96.885	97.254	101.306	107.532	109.560
Großbritannien	80.622	79.179	84.836	92.375	93.088
Irland	5.649	5.477	6.476	8.110	9.675
Italien	81.387	79.606	81.126	82.099	83.150
Niederlande	21.829	25.385	29.220	31.588	33.471
Norwegen	16.403	16.538	17.713	19.201	18.249
Österreich	15.951	16.306	16.678	17.345	17.776
Portugal	5.789	6.690	7.043	8.115	9.070
Schweden	13.547	16.059	17.977	19.404	19.783
Schweiz	28.871	28.561	29.073	30.123	30.225
Spanien	37.186	40.187	44.169	49.100	52.982
WESTEUROPA INSG.	615.588	631.536	665.017	701.237	718.226
Polen	10.796	11.459	12.299	13.428	14.796
Slowakei	1.076	1.081	1.184	1.226	1.380
Tschechien	3.108	3.764	4.209	4.269	4.765
Ungarn	1.769	1.893	2.225	2.929	4.162
OSTEUROPA INSG.	16.749	18.197	19.918	21.853	25.103

1) Schätzung

auch die absoluten Zahlen in Polen, wo 188.000 Wohneinheiten (+5,4 Prozent) erstellt wurden und mit einem kontinuierlichen Anstieg auf bis zu 222.000 neue Wohnungen im Jahr 2021 gerechnet wird. Auch in Deutschland hat die Bautätigkeit im Sektor Wohngebäude weiter zugenommen (+5,3 Prozent auf 300.000). Allerdings wird hier für die kommenden Jahre mit einer verringerten Dynamik gerechnet. In den nordischen Staaten Schweden, Norwegen und Finnland wurde zwar ein kräftiges Wachstum verbucht (+10,4 Prozent bzw. +12,2 Prozent und +17,6 Prozent); für die kommenden drei Jahre rechnen die Experten

dort aber mit teils empfindlichen Rückgängen im zweistelligen Bereich. Offenbar ist der Immobilienboom in diesen drei Ländern schon vorbei.

Kaufpreise für Wohnungen enteilen der allgemeinen Teuerung

Die Preise für Wohnimmobilien waren in der Europäischen Union auch im Jahr 2018 weiter aufwärtsgerichtet

Wohnungs-Bauvolumen in Europa nach Ländern

(Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

LAND	2014	2015	2016	2017	2018 ¹
Belgien	6,2	3,7	3,2	3,3	3,3
Dänemark	6,0	5,8	5,6	3,3	3,3
Deutschland	1,9	1,2	3,9	2,9	1,6
Finnland	-4,8	1,3	7,2	3,2	5,1
Frankreich	-7,5	-1,0	4,2	6,1	1,9
Großbritannien	17,5	3,3	7,1	8,9	0,8
Irland	14,6	8,7	18,2	25,2	19,3
Italien	-1,6	-1,6	1,9	1,2	1,3
Niederlande	2,3	14,0	15,1	8,1	6,0
Norwegen	-0,1	0,1	7,1	8,4	-5,0
Österreich	-0,7	0,9	2,3	4,0	2,5
Portugal	-2,9	7,8	5,3	15,2	11,8
Schweden	13,8	17,7	11,9	7,9	2,0
Schweiz	1,7	1,8	1,8	3,6	0,3
Spanien	-4,5	3,6	9,9	11,2	7,9
WESTEUROPA INSG.	1,4	2,0	5,3	5,4	2,4
Polen	2,5	4,7	7,3	9,2	10,2
Slowakei	-5,3	-2,1	9,6	3,5	12,5
Tschechien	1,3	14,5	11,8	1,4	11,6
Ungarn	-1,3	1,0	17,6	31,6	42,1
OSTEUROPA INSG.	1,3	5,7	9,5	9,7	14,9

1) Schätzung

tet. In den ersten drei Quartalen verteuerte sich nach Angaben des Eurostat-Hauspreisindex Wohnraum um durchschnittlich 4,4 Prozent. Die Immobilienpreise bleiben damit weiter von der allgemeinen Teuerung abgekoppelt.

Um 14,0 Prozent stiegen die Kaufpreise in Slowenien, um 11,3 Prozent in Irland. Die steigende Bautätigkeit kann die hohe Nachfrage offenbar nicht ausreichend befriedigen.

Dasselbe gilt für Portugal, wo Käufer von Wohnungen im Schnitt 10,6 Prozent mehr Geld ausgeben mussten. In Irland liegen die Preise mittlerweile ein Drittel über dem Referenzniveau von 2015. Auch in Tschechien und Ungarn haben sich Wohnimmobilien seither um mehr als 30 Prozent verteuert.

Allein in Italien sanken die Preise: in den ersten drei Quartalen 2018 um 0,6 Prozent und um 1,6 Prozent ge-

Wohnungsbau in Europa nach Ländern

(Zahl der Fertigstellungen¹ in 1.000 Wohnungen)

LAND	2014	2015	2016	2017	2018 ²
Belgien	47,6	49,9	45,1	48,1	47,7
Dänemark	14,2	15,0	21,0	25,5	27,5
Deutschland	216,1	247,7	277,7	284,8	300,0
Finnland	28,9	28,0	30,2	35,7	42,0
Frankreich	398,5	359,1	345,5	367,4	408,0
Großbritannien	139,6	166,3	165,2	187,7	190,0
Irland	11,0	7,2	9,9	14,4	19,0
Italien	103,6	86,2	81,6	80,6	83,5
Niederlande	45,2	48,4	54,9	63,0	67,0
Norwegen	28,1	28,1	29,4	31,6	35,4
Österreich	43,2	46,1	48,2	52,0	56,5
Portugal	9,0	6,1	6,8	8,6	10,7
Schweden	31,5	41,1	53,6	63,8	70,5
Schweiz	49,2	53,1	54,1	55,8	56,9
Spanien	46,8	45,2	40,1	54,6	70,0
WESTEUROPA INSG.	1.212,5	1.227,6	1.263,2	1.373,7	1.484,6
Polen	143,2	147,8	163,4	178,3	188,0
Slowakei	14,9	15,5	15,7	16,9	19,8
Tschechien	24,0	25,1	27,4	28,6	31,1
Ungarn	8,4	7,6	10,0	14,4	30,0
OSTEUROPA INSG.	190,5	196,0	216,5	238,2	268,9
EUROPA INSG.	1.403,0	1.423,6	1.479,7	1.611,9	1.753,5

1) Errichtung neuer Wohngebäude

2) Schätzung

genüber dem Basisjahr 2015. In Frankreich schlägt sich die gestiegene Bautätigkeit in nur moderat wachsenden Preisen nieder: Im Durchschnitt der ersten drei Vierteljahre wechselten Wohnungen zu einem um 2,9 Prozent gestiegenen Preis den Eigentümer. Seit 2015 lag die Teuerung bei 8,7 Prozent, was nur von Finnland (+3,1 Prozent seit 2015) unterboten wird.

Sparen – von der deutschen Tugend zum europäischen Trend?

Dass Sparen eine „deutsche Tugend“ sei oder sogar eine „Eitelkeit der Deutschen“, gehört zu den etablierten Klischees in Europa. In der Tat ist die Sparquote in Deutschland seit Jahren hoch und verändert sich im konjunkturellen Auf und Ab allenfalls marginal. Das erstaunliche dabei

Sparquoten privater Haushalte im Ländervergleich

(in % des verfügbaren Einkommens)

LAND	JAHRESDURCHSCHNITT					
	2004 bis 2013	2014	2015	2016	2017	2018 ¹
Belgien	8,3	5,1	4,3	3,9	4,0	4,4
Dänemark	-1,0	-2,9	4,3	4,6	5,2	5,1
Deutschland	9,9	9,5	9,7	9,8	9,9	9,9
Finnland	1,3	-0,4	-0,7	-1,8	-2,1	-2,3
Frankreich ²	14,9	14,2	13,8	13,7	13,8	14,0
Griechenland	-	-	-	-	-	-
Großbritannien ²	8,5	8,6	9,4	6,7	4,5	4,6
Irland	3,9	3,6	4,2	3,8	6,6	5,6
Italien	6,3	3,9	3,3	3,2	2,3	2,4
Niederlande	6,1	9,9	9,6	10,0	9,1	8,8
Norwegen	5,0	8,2	10,3	7,3	7,0	7,3
Österreich	10,0	7,3	6,8	7,8	6,8	5,6
Portugal ²	8,4	5,2	5,3	5,0	4,7	3,8
Schweden	10,4	16,4	15,0	16,0	15,1	16,7
Schweiz	16,0	18,9	18,2	18,7	17,8	17,8
Spanien	3,2	3,5	2,9	1,8	-0,8	-1,5
Polen	1,5	-0,4	-0,4	1,5	-1,2	-1,8
Slowakei	1,1	1,5	3,0	3,0	2,4	2,9
Tschechien	6,6	6,6	6,8	6,5	4,3	3,5
Ungarn	5,9	8,0	6,2	8,1	7,4	10,8
Japan	2,3	-0,4	0,8	2,6	3,0	4,2
Kanada	3,5	3,6	4,6	3,4	3,7	3,7
USA	5,3	7,4	7,6	6,7	6,7	6,7

1) Schätzung

2) Bruttoersparnis

ist, dass es Länder in Europa gibt, deren Sparquote seit Jahren konstant über dem deutschen Niveau liegt. Luxemburg ist das eine, Schweden das andere. Zehn Jahre nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Sparquoten in vielen Ländern auf ein ähnliches Niveau eingependelt. Wo 2008 noch viel gespart wurde, sank die Sparquote; wo damals weniger beiseitegelegt wurde, stiegen die Sparanstrengungen bis heute.

Die Geldpolitik, die für alle Staaten der Eurozone für ein ähnliches Niveau bei den Guthabenzinsen sorgt und maßgeblichen Einfluss auf die Leitzinsen der europäischen Notenbanken außerhalb der Eurozone ausübt, fällt dabei offenbar nicht so sehr ins Gewicht. Stattdessen dürften realwirtschaftliche Faktoren eine Rolle spielen und die Erwartungen an eine unsichere Zukunft.

Kurzfristige Zinssätze¹ im Ländervergleich (in %)

LAND	JAHRESDURCHSCHNITT					
	2004 bis 2013	2014	2015	2016	2017	2018 ²
Belgien	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Dänemark	2,3	0,3	-0,1	-0,1	-0,3	-0,3
Deutschland	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Finnland	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Frankreich	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Griechenland	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Großbritannien	3,0	0,5	0,6	0,5	0,4	0,7
Irland	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Italien	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Niederlande	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Norwegen	3,0	1,7	1,3	1,1	0,9	1,0
Österreich	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Portugal	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Schweden	2,2	0,7	-0,2	-0,5	-0,5	-0,4
Schweiz	0,9	0,0	-0,8	-0,8	-0,7	-0,7
Spanien	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
EURO-GEBIET	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Polen	4,7	2,5	1,7	1,7	1,7	1,7
Slowakei	2,4	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Tschechien	2,0	0,4	0,3	0,3	0,4	1,1
Ungarn	4,0	2,2	1,2	0,7	0,0	0,2
Japan	0,3	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Kanada	2,2	1,2	0,8	0,8	1,1	1,8
USA	2,1	0,3	0,5	0,9	1,3	2,4

1) In den meisten Ländern Zinssätze für Dreimonatsgeld

2) Schätzung

Quelle: OECD-Wirtschaftsausblick

Die höchste prozentuale Ersparnis leisteten 2018 die schwedischen Haushalte (16,7 Prozent), vor Luxemburg (14,4 Prozent) und Ungarn (10,8 Prozent). Erst dann folgt Deutschland mit einer Sparquote von 9,9 Prozent. Auch in den Niederlanden erreichte die Quote mit 8,8 Prozent ein vergleichsweise hohes Niveau. In Finnland wurde mehr konsumiert als Einkommen generiert, die Sparquote lag demzufolge bei -2,3 Prozent. Bereits seit 2014 dau-

ert der Prozess des Entsparens hier an, der ansonsten in nur wenigen anderen Ländern stattfindet, darunter Polen (Sparquote 2018: -1,8 Prozent, negative Rate seit 2011) und vor allem Lettland (-3,5 Prozent, negative Rate seit 2010). Unter den Staaten, die die Sparquote nach der Bruttomethode ermitteln, lag Frankreich mit 14,0 Prozent auf Platz eins.

Langfristige Zinssätze¹ im Ländervergleich (in %)

LAND	JAHRESDURCHSCHNITT					
	2004 bis 2013	2014	2015	2016	2017	2018 ²
Belgien	3,7	1,7	0,8	0,5	0,7	0,8
Dänemark	3,2	1,3	0,7	0,3	0,5	0,5
Deutschland	3,1	1,2	0,5	0,1	0,3	0,4
Finnland	3,3	1,5	0,7	0,4	0,6	0,7
Frankreich	3,5	1,7	0,8	0,5	0,8	0,8
Griechenland	8,4	6,9	9,6	8,4	6,0	4,1
Großbritannien	3,8	2,6	1,9	1,3	1,2	1,5
Irland	5,1	2,3	1,1	0,7	0,8	0,9
Italien	4,5	2,9	1,7	1,5	2,1	2,6
Niederlande	3,3	1,5	0,7	0,3	0,5	0,6
Norwegen	3,7	2,5	1,6	1,3	1,6	1,9
Österreich	3,5	1,5	0,8	0,4	0,6	0,7
Portugal	5,7	3,8	2,4	3,2	3,1	1,8
Schweden	3,2	1,7	0,7	0,5	0,7	0,7
Schweiz	2,0	0,7	-0,1	-0,4	-0,1	0,1
Spanien	4,4	2,7	1,7	1,4	1,6	1,4
EURO-GEBIET	3,8	2,0	1,1	0,8	1,0	1,1
Polen	5,6	3,5	2,7	3,0	3,4	3,2
Slowakei	4,3	2,1	0,9	0,5	0,9	0,9
Tschechien	3,8	1,6	0,6	0,4	1,0	2,0
Ungarn	7,5	4,8	3,4	3,1	3,0	3,2
Japan	1,3	0,6	0,4	-0,1	0,1	0,1
Kanada	3,4	2,2	1,5	1,3	1,8	2,3
USA	3,5	2,5	2,1	1,8	2,3	3,0

1) In den meisten Ländern Zinssätze für 5- bis 10jährige Staatsanleihen
2) Schätzung

Kurz- und langfristige Zinsen weiter im Griff der EZB-Geldpolitik

Seit dem 10. März 2016 liegen der Festsatz für Refinanzierungsgeschäfte bei der EZB bei 0,0 Prozent und der Satz der Einlagenfazilität bei -0,40 Prozent. Der Geldmarktzinssatz für Einlagen mit einer Laufzeit von drei Monaten notierte im Jahresdurchschnitt 2018 in der Eurozone bei -0,32 Prozent und damit auf dem Niveau des Vorjahres. Derzeit gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass sich in absehbarer Zukunft ein dauerhafter, signifikanter Anstieg der Zinsen ergeben könnte. Unbestritten sind die Erfolge der EZB bei der Bekämpfung der unmittelbaren Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und später der Eurokrise. Unbestritten ist aber auch, dass sich die Regierungen in der Eurozone an die Politik des billigen Geldes gewöhnt haben. Statt strukturelle Reformen anzuschließen, wurden Probleme mit Staatsverschuldung nahezu zum Nulltarif übertüncht. Das Anleihekaufprogramm hat dazu sein Übriges geleistet, auch wenn die EZB seit Ende 2018 keine neuen Anleihen mehr in die Bilanzen nimmt. Inzwischen mehrten sich Anzeichen für eine konjunkturelle Abkühlung, der Handelskrieg zwischen den USA und China hinterlässt auch in den europäischen Auftragsbüchern Spuren und die Unsicherheit durch den Brexit lastet schwer auf der Investitionsbereitschaft der hiesigen Unternehmen. Die EZB könnte sich also schon bald gezwungen sehen, von Neuem expansive

Maßnahmen zu ergreifen, wobei das Instrumentarium kaum noch Möglichkeiten zulässt.

Auch in der Schweiz (-0,6 Prozent) und in Dänemark (-0,2 Prozent) wurden negative Zinsen verzeichnet. In Polen und in der Tschechischen Republik lagen die Sätze mit 1,71 Prozent bzw. 1,14 Prozent am höchsten.

Die langfristigen Zinsen in den Staaten der Eurozone haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. In Deutschland stieg der Zinssatz auf Staatsanleihen um 0,09 Prozentpunkte auf 0,41 Prozent. In Frankreich sank er um 0,03 Prozentpunkte auf 0,78 Prozent. Das Ende der Anleihekäufe wird sich erst ganz allmählich niederschlagen. In Griechenland lagen die Zinssätze mit 4,1 Prozent am höchsten, das Land verzeichnete aber einen Rückgang um 1,9 Prozentpunkte. In den ehemaligen Krisenstaaten Portugal (1,8 Prozent) und Spanien (1,39 Prozent) sind die Auswirkungen der schweren Verwerfungen zwar noch spürbar, auch hier trat aber eine deutliche Niveauverschiebung nach unten ein. Am deutlichsten wird die Krisenbewältigung in Irland, wo die Zinsen für Staatsanleihen im Jahr 2018 mit 0,89 Prozent rentierten. Die wachsenden Sorgen um Italien haben die Risikoprämie dort erhöht, Staatspapiere verzinsten 2018 mit durchschnittlich 2,64 Prozent und der Ausblick deutet auf eine weitere Verteuerung hin. Die Zinslandschaft bleibt damit sehr heterogen; die Geldpolitik der EZB bleibt maßgeblicher Bestimmungsfaktor, das Risikoprofil einzelner Staaten wirkt sich aber erheblich aus.



Nachhaltige Finanzierung

Hintergrund

Mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens¹ am 12. Dezember 2015 hat der Kampf gegen den Klimawandel weltweit erneut Antrieb erhalten. Das Pariser Abkommen umzusetzen heißt, die globale Erwärmung auf unter 2° C zu begrenzen, angestrebt werden 1,5° C. In der Praxis bedeute dies die radikale Dekarbonisierung der Wirtschaftssysteme. Die unterzeichnenden Länder willigen zusätzlich ein, ein gemeinsames Klimaziel zu erreichen. Dieses Ziel beinhaltet eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2030. Um dies zu erwirken, werden innerhalb der EU zusätzlich rund 180 Mrd. Euro pro Jahr benötigt². Die Investitionsprobleme haben ein Ausmaß erreicht, welches der öffentliche Sektor allein nicht bewältigen kann. Um die fehlenden Beträge aufbringen zu können, ist es notwendig den privaten Sektor in die Finanzierung der Klimaziele einzubinden. In diesem Sinne wird eine grundlegende Veränderung in der Finanzwelt mit dem Schlagwort „green finance“ gefordert.

Um den privaten Sektor in die Erreichung der gesetzten Klimaziele einzubinden, gibt es verschiedene Initiativen und konkrete Legislativvorschläge. Verschiedene supranationale Institutionen und Organisationen, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OWZE), die Vereinten Nationen und die Europäischen Union, sind aktiv an der Gestaltung und Weiterentwicklung von nachhaltiger Finanzierung beteiligt. Darüber hinaus gibt es mittlerweile auch verschiedene Finanzprodukte, die Nachhaltigkeit fördern, wie zum Beispiel „green bonds“ und „green mortgages“.

Was bedeuten „green finance“, „green bonds“ und „green supporting factor“?

Der Begriff „green finance“ beinhaltet eine grundlegende Veränderung der Finanzströme, mit denen gezielt solche Investitionen unterstützt werden sollen, die der Umwelt und der Gesellschaft zugutekommen. Dies geschieht beispielsweise, wenn in Verfahren investiert wird, die die Umweltbelastung vermindern oder die Folgen des Klimawandels bekämpfen. Um den geplanten Umschwung zu einer Ökologisierung des Finanzsystems zu vollziehen, benötigen alle Finanzmarktakteure starke Anreize, die sie davon abhalten, Investitionen nach dem Muster „business as usual“ zu tätigen, also ohne Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.

Es gibt verschiedene Ansätze, wie dies erreicht werden soll. Ein umstrittener Ansatz mehr Investitionen in grüne Produkte zu dirigieren ist der sogenannte „green supporting factor“, welcher grünen Anlagen weniger Eigenkapitalanforderungen auferlegen würde. Die Meinungen bezüglich dieses Vorschlages gehen weit auseinander. Es gibt unter anderem einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, die stark für einen green supporting factor werben. Andere jedoch sehen dies als einen schweren Eingriff in die Finanzmarktstabilität und sind strikt dagegen.

Green bonds werden seit 2007 von der Europäischen Investitionsbank (EIB) gehandelt und tragen ihren Beitrag zum Erreichen des Pariser Abkommens bei, indem sie weltweit erneuerbare Energie-Projekte finanzieren. Zu-

1) Europäische Kommission: https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/paris_en

2) Europäische Kommission: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-1404_de.htm

sätzlich gibt es von der EIB sogenannte Nachhaltigkeitsanleihen, welche laut EIB eine starke Wirkung auf die Nachhaltigkeitsziele haben. So werden zum Beispiel schwerpunktmäßig Klimaprojekte gefördert.

Akteure

Weltweit sind verschiedene Akteure daran beteiligt, Kapitalströme in nachhaltige Anlagen umzuorientieren. Die meisten der Initiativen sind jedoch nicht verpflichtend und freiwilliger Natur.

Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen sind seit den neunziger Jahren mit dem Projekt UNEP FI³, welches aus einer Partnerschaft zwischen der Umwelt-Abteilung der Vereinten Nationen und dem Finanzsektor besteht, daran beteiligt, Finanzströme in nachhaltige und klimafreundliche Anlagen zu lenken. Die Arbeit von UNEP FI beinhaltet einen starken Fokus auf den Dialog zwischen Finanzpraktikern, Aufsichtsbehörden, Regulierungsbehörden und politischen Entscheidungsträgern auf Länderebene sowie auf internationaler Ebene. In diesem Sinne werden alle zwei Jahre Treffen mit den verschiedenen Vertretern abgehalten. Die beteiligten Finanzmarktakteure haben sich verpflichtet die Rolle des Finanzdienstleistungssektors bei der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft anerkennen und Umwelt- und Sozialaspekte in alle Aspekte ihrer Geschäftstätigkeit einzubeziehen.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OWZE)

Ebenso wie die Vereinten Nationen ist auch die OWZE mit dem Thema der nachhaltigen Finanzierung beschäftigt. Auch hier ist das Ziel, den privaten (Finanz)Sektor in den Kampf gegen den Klimawandel zu integrieren und zu einem essenziellen Partner zu machen. Dabei entwickelte die Organisation das Konzept „blended finance“⁴, was so viel wie Mischfinanzierung aus öffentlichen Geldern und privatem Kapital bedeutet. Das Ziel der Mischfinanzierung liegt auch hier darin, Prinzipien und Regeln für eine Reorientierung von kommerziellen Finanzströmen zu fin-

den. Die Mischfinanzierung besteht hauptsächlich aus der Mischung von öffentlichen Geldern und privat/kommerziellen Anlagen, welche darauf gemeinsam setzt, ein nachhaltiges Entwicklungsziel (SDG) zu erfüllen. Der Leitgedanke bei dieser Initiative ist, Kapital, welches normalerweise nicht in nachhaltige Projekte fließen würde, für nachhaltige Zwecke zu mobilisieren. Die OWZE arbeitet zusammen mit anderen internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, dem Weltwirtschaftsforum und der Europäischen Union.

Europäische Union

Besonders nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Unterstützung des Pariser Abkommens zurückgezogen haben, ist die EU entschlossen, eine Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel zu übernehmen. Diese Vorreiterrolle beinhaltet unter anderem die Entwicklung von Standards bezüglich nachhaltiger Finanzprodukte. In diesem Rahmen hat die Europäische Kommission eine technische Experten-Gruppe zum Thema nachhaltige Finanzierung zusammengestellt. Die Ergebnisse der technischen Experten-Gruppe wurden im Aktionsplan⁵ der Europäischen Kommission berücksichtigt, welcher im März 2018 vorgestellt wurde. Im Zuge dieses Aktionsplans hat die Europäische Kommission auch drei Legislativvorschläge vorgelegt. Diese beinhalten die Einführung eines Rahmenwerks für nachhaltige Produkte, eine Offenlegungspflicht für Finanzmarktteilnehmer und von „low carbon“ Referenzwerten. Der erste Vorschlag würde dazu beitragen, die Kennzeichnung von Aktivitäten umweltfreundlicher zu gestalten und den Marktteilnehmern ein zuverlässiges Klassifizierungssystem bieten. Der zweite Vorschlag erfordert umfassende Angabepflichten hinsichtlich der Integration von Nachhaltigkeitsrisiken durch Vermögensverwalter und Anlageberater. Schließlich schlägt die Europäische Kommission ein Gesetz vor, das neue Kategorien von CO₂-Benchmarks einführt. In einem Reflexionspapier⁶ von Januar 2019 unterstreicht die Europäische Kommission zusätzlich die Notwendigkeit einer einheitlichen Taxonomie, welche Transparenz fördern und gleichzeitig ein europaweit einheitliches Klassifikationsmodell darstellen soll.

3) UNEP FI: <https://www.unepfi.org/about/>

4) OWZE: <http://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/blended-finance-principles/>

5) Europäische Kommission: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52018DC0097>

6) Europäische Kommission: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/rp_sustainable_europe_30-01_en_web.pdf

European Mortgage Federation

Die European Mortgage Federation (EMF) hat es sich zum Ziel gesetzt, ein nachhaltiges Wohnumfeld für Bürger zu schaffen und zu gewährleisten. In diesem Sinne entwickelte die EMF einen Aktionsplan für energieeffiziente Hypotheken⁷. Die Initiative stützt sich auf die Annahme, dass die Energieeffizienz von Gebäuden zu einem verminderten Kreditausfallrisiko führt, da Kreditnehmer durch Einsparungen bei ihren Energiekosten besser in der Lage sind, ihre Hypotheken planmäßig zurückzuzahlen. Daraus schließt die EMF, dass diese Kredite geringere Eigenkapitalanforderungen als andere benötigen, also ein green supporting factor angewandt werden kann.

Ausblick in die Zukunft

Nachhaltige Finanzierung wird an Bedeutung zunehmen. Von der kommenden Europäische Kommission, welche ab Sommer 2019 aktiv sein wird, wird erwartet, dass sie

nachhaltige Finanzierung als Priorität behandelt. Die meisten Initiativen basieren bislang auf Freiwilligkeit und bis zum jetzigen Zeitpunkt liegen nur drei Gesetzesvorschläge vor. Es kann daher erwartet werden, dass weitere verbindliche Vorschläge der Europäischen Kommission veröffentlicht werden.

Die Neuausrichtung von Kapitalströmen in nachhaltigere Anlagen ist grundsätzlich zu unterstützen. Bausparkassen tragen darüber hinaus schon jetzt zur Nachhaltigkeit bei, indem sie zahlreiche Energieeffizienzmaßnahmen finanzieren. Bezüglich der neuen und kommenden Gesetzesvorschläge ist es wichtig, dass diese nicht zu einer Diskriminierung von herkömmlichen Produkten führen. Ebenso sollten neue Regeln den europäischen Bausparkassen keine zusätzliche Bürokratie auferlegen. Neben einem transparenten, marktverträglichen Regelwerk bedarf es zusätzlich der Aufklärung der Bürger, um die Nachfrage nach nachhaltigen Produkten so zu steigern, dass die Reorientierung auch stattfinden kann.

7) EeMAP: <https://eemap.energyefficientmortgages.eu/services/>



EuGH-Bericht 2018

Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof

Vorabentscheidungsverfahren

Rs. C-498/16: Abtretung von Ansprüchen, die gegenüber demselben Unternehmer geltend zu machen sind, zwischen Verbrauchern/Gerichtliche Zuständigkeit bei Verbrauchersachen/Begriff „Verbraucher“

(Urteil des EuGH vom 25. Januar 2018)

Der EuGH hat sich gegen die Zulässigkeit einer datenschutzrechtlichen Sammelklage entschieden. Auch hängt nach Ansicht des Gerichts die Verbrauchereigenschaft nicht von Kenntnissen des Betroffenen ab. Das urteilte das Gericht in einem von einem Österreicher betriebenen Verfahren gegen Facebook Ireland Limited, deren Gesellschaftssitz sich in Irland befindet.

Dem Urteil lag im Wesentlichen folgender Sachverhalt zu Grunde:

Ein Verbraucher, wohnhaft in Österreich, hatte vor den österreichischen Gerichten Klage gegen Facebook Ireland erhoben. Darin warf er Facebook Ireland zahlreiche Verstöße gegen datenschutzrechtliche Regelungen im Zusammenhang mit seinem privaten Facebook-Konto und den Konten von sieben weiteren Nutzern vor. Diese Nutzer hatten ihm ihre Ansprüche zur Klageerhebung abgetreten. Bei den anderen Nutzern handelte es sich um Verbraucher, die in Österreich, Deutschland und Indien wohnten. Der Kläger begehrte von den österreichischen Gerichten insbesondere die Feststellung der Unwirksamkeit bestimmter Vertragsklauseln sowie die Verurteilung von Facebook Ireland zur Unterlassung der Verwendung der streitgegenständlichen Daten zu eigenen Zwecken bzw. zu Zwecken Dritter sowie zur Leistung von Schadenersatz.

Facebook bestritt die internationale Zuständigkeit der österreichischen Gerichte. Ihrer Ansicht nach könne der Kläger nicht die unionsrechtliche Regelung in Anspruch nehmen, die es Verbrauchern erlaubt, einen ausländischen Vertragspartner vor den Gerichten ihres Wohnsitzes zu verklagen. Da der Kläger außerdem Facebook beruflich nutze, könne er nicht als Verbraucher angesehen werden. Auf die abgetretenen Ansprüche sei der Verbrauchergerichtsstand nicht anwendbar, da er nicht übertragbar sei.

Vor diesem Hintergrund ersuchte der Oberste Gerichtshof Österreichs den EuGH um Klarstellung der Voraussetzungen für die Geltendmachung des Verbrauchergerichtsstands.

1. Der EuGH entschied, dass der Nutzer eines privaten Facebook-Kontos die Verbrauchereigenschaft im Sinne von Art. 15 der Verordnung Nr. 44/2001 nicht verliert, wenn er Bücher publiziert, Vorträge hält, Websites betreibt, Spenden sammelt und sich die Ansprüche zahlreicher Verbraucher abtreten lässt, um sie gerichtlich geltend zu machen.
2. In dem Verfahren entschied der EuGH auch, dass Art. 16 Abs 1 der Verordnung Nr. 44/2001 dahin auszulegen ist, dass diese Vorschrift keine Anwendung auf die Klage eines Verbrauchers findet, mit der dieser am Klägergerichtsstand nicht nur seine eigenen Ansprüche geltend macht, sondern auch Ansprüche, die von anderen Verbrauchern mit Wohnsitz im gleichen Mitgliedstaat, in anderen Mitgliedstaaten oder in Drittstaaten abgetreten wurden.

Rs. C-210/16: Datenschutz/Verantwortlichkeit des Betreibers einer Facebook-Fanpage

(Urteil des EuGH vom 5. Juni 2018)

Das vom deutschen Bundesverwaltungsgericht eingereichte Vorabentscheidungsverfahren betrifft die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit nach der EU-Datenschutzrichtlinie (Richtlinie 95/46/EG vom 24. Oktober 1995) für die beim Aufruf einer Facebook-Fanpage durch die irische Facebook Ltd. erhobenen Nutzerdaten.

Die Entscheidung betrifft einen Rechtsstreit zwischen einer deutschen datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde, dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein, und der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein GmbH. Die Aufsichtsbehörde hatte der Wirtschaftsakademie in 2011 aufgegeben, ihre auf der Website des sozialen Netzwerks Facebook unterhaltene Fanpage zu deaktivieren. Nach Auffassung der Aufsichtsbehörde lag ein datenschutzrechtlicher Verstoß auch durch die Wirtschaftsakademie vor, da die Besucher der Facebook-Seite über die Erhebung ihrer Daten nicht informiert wurden.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte Zweifel daran, ob der Betreiber einer Facebook-Fanpage für eine etwaige rechtswidrige Datenverarbeitung durch Facebook haftet, da er Art und Umfang der Verarbeitung von Nutzerdaten durch Facebook nicht beeinflussen, steuern, gestalten oder sonst kontrollieren kann. Das Bundesverwaltungsgericht bat den EuGH um Klärung, ob der Betreiber einer in einem sozialen Netzwerk betriebenen Fanpage für Datenschutzverstöße durch das soziale Netzwerk mitverantwortlich ist. Für die Klärung dieser Frage kam es auf die Auslegung des Begriffs der verantwortlichen Stelle in Art. 2 lit. d der Datenschutzrichtlinie (RL 95/46/EG) an.

Der EuGH entschied, dass der datenschutzrechtliche Begriff des Verantwortlichen weit auszulegen und nicht auf eine einzige Stelle beschränkt ist. Vor diesem Hintergrund bejahte das Gericht die Mitverantwortlichkeit der Wirtschaftsakademie als Betreiberin der Facebook-Fanpage. Dies begründete es damit, dass die Wirtschaftsakademie es Facebook bereits durch die Einrichtung der Fanpage ermöglicht habe, bei Besuchern Cookies in deren Endgeräten zu speichern. Als Fanpage-Betreiberin erhalte die Wirtschaftsakademie auf diese Weise – wenn auch nur anonymisiert – Statistiken und Informationen über die Profile ihrer Fans, wodurch es ihr ermöglicht wird, zielgerichtet relevante Inhalte bereitzustellen. Bereits mit Urteil

vom 13. Mai 2014 in der Sache Google Spain und Google (Rs. C 131/12) war der EuGH von einer weiten Auslegung des Begriffs des datenschutzrechtlichen Verantwortlichen ausgegangen, um einen wirksamen und umfassenden Schutz vor Datenschutzverletzungen sicherzustellen. Der EuGH stellte jedoch klar, dass die Annahme der gemeinsamen Verantwortlichkeit für datenschutzrechtliche Verstöße nicht zwangsläufig zu einer gleichwertigen Verantwortlichkeit von Facebook einerseits und der einzelnen Betreiber der Facebook-Seiten andererseits führt.

Das Urteil des EuGH betrifft zwar die Definition der verantwortlichen Stelle in Art. 2 lit. d der Datenschutzrichtlinie 95/46/EG, die mit Wirkung vom 25. Mai 2018 durch die Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016) ersetzt worden ist. Da diese Definition in der Datenschutzrichtlinie mit der Begriffsbestimmung des Verantwortlichen in Art. 4 Nr. 7 der Datenschutz-Grundverordnung nahezu wortgleich übereinstimmt, dürfte das Urteil für die heutige Rechtslage weiterhin von Bedeutung und zudem auf andere Dienste wie Twitter, Instagram oder WhatsApp übertragbar sein.

Rs. C-51/17: Kontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen

(Urteil des EuGH vom 20. September 2018)

Der EuGH hat sich in dem Urteil vom 20. September 2018 (Az. C-51/17) mit der Auslegung der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen vom 5. April 1993 (Richtlinie 93/13/EWG) befasst. Das Urteil ist für die Anwendung des AGB-Rechts relevant.

Im Wesentlichen liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Die klagenden Verbraucher schlossen im Jahr 2008 mit einer ungarischen Bank einen Darlehensvertrag über die Gewährung eines auf Schweizer Franken lautenden Darlehens. Die monatlichen Tilgungsraten waren in ungarischen Forint zu zahlen, während die Höhe dieser Tilgungsraten auf der Grundlage des aktuellen Wechselkurses zwischen Forint und Schweizer Franken berechnet wurde. In dem Darlehensvertrag wurde auf das Wechselkursrisiko im Fall möglicher Kursschwankungen zwischen den beiden Währungen hingewiesen. Nach Vertragsabschluss änderte sich der Wechselkurs zu Lasten der Darlehensnehmer, was zu einer erheblichen Erhöhung der Monatsraten führte.

Relevant dürften insbesondere die Urteilsgründe zur dritten und vierten Vorlagefrage sein. Sie betreffen das Verständnis der Transparenzanforderungen nach Art. 4 der Richtlinie 93/13/EWG, der wie folgt lautet:

„(1) Die Missbräuchlichkeit einer Vertragsklausel wird unbeschadet des Artikels 7 unter Berücksichtigung der Art der Güter oder Dienstleistungen, die Gegenstand des Vertrages sind, aller den Vertragsabschluss begleitenden Umstände sowie aller anderen Klauseln desselben Vertrages oder eines anderen Vertrages, von dem die Klausel abhängt, zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses beurteilt.“

(2) Die Beurteilung der Missbräuchlichkeit der Klauseln betrifft weder den Hauptgegenstand des Vertrages noch die Angemessenheit zwischen dem Preis bzw. dem Entgelt und den Dienstleistungen bzw. den Gütern, die die Gegenleistung darstellen, sofern diese Klauseln klar und verständlich abgefasst sind.“

Mit der dritten Frage wollte das vorlegende Gericht wissen, ob das Transparenzerfordernis nach Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie 93/13/EWG dahingehend auszulegen sei, dass das Kreditinstitut dem Darlehensnehmer detaillierte Informationen über das Wechselkursrisiko zur Verfügung stellen müsse, darunter eine Risikoanalyse zu den wirtschaftlichen Folgen einer Abwertung der nationalen Währung gegenüber der Fremdwährung. Der EuGH führt zu dem Erfordernis der Klarheit und Verständlichkeit nach Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie aus, dass die Kreditinstitute ausreichende Informationen zur Verfügung stellen müssten, um diese in die Lage zu versetzen, umsichtige und besonnene Entscheidungen zu treffen. Dies bedeute, dass eine Klausel für den normal informierten, angemessen aufmerksamen, und verständigen Durchschnittsverbraucher in formeller und grammatikalischer Hinsicht, aber auch hinsichtlich ihrer konkreten Tragweite verständlich sein müsse. Hieraus folgert der EuGH, dass die hier streitgegenständliche Klausel über das Wechselkursrisiko dem Verbraucher ermöglichen müsse, nicht nur die Möglichkeit einer Abwertung der nationalen Währung gegenüber der Fremdwährung zu erkennen, sondern auch die möglicherweise erheblichen wirtschaftlichen Folgen einer solchen Klausel für seine finanziellen Verpflichtungen einzuschätzen.

Im Hinblick auf die vierte Vorlagefrage stellt der EuGH klar, dass ein Gericht nach Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie 93/13/

EWG die Klarheit und Verständlichkeit von Vertragsklauseln immer unter Berücksichtigung aller den Vertragsabschluss begleitenden Umstände sowie aller anderen Klauseln desselben Vertrages zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses beurteilen müsse. Dies gelte auch dann, wenn einige andere Vertragsklauseln nach Abschluss des Vertrages für missbräuchlich und nichtig erklärt worden seien.

Urteil

Rs. T-540/15: Zugang zu Dokumenten/Trilogie/laufendes Gesetzgebungsverfahren/Fehlen einer allgemeinen Vermutung, dass der Zugang zu den im Rahmen der Trilogie erstellten vierspaltigen Tabellen verweigert wird/Verordnung (EG) Nr. 1049/2001

(Urteil des EuG vom 22. März 2018)

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat in seinem Urteil vom 22. März 2018 in der Rechtssache Emilio de Capitani klargestellt, dass das Europäische Parlament auf einen konkreten Antrag hin grundsätzlich Zugang zu den Dokumenten über laufende Trilogverhandlungen gewähren muss.

Nach den Feststellungen des Gerichts, sind Trilogverhandlungen informelle Treffen, an dem Vertreter des Parlaments, des Rates und der Kommission teilnehmen. Die Treffen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. 70 Prozent bis 80 Prozent der Gesetzgebungsakte der Union werden in der Folge eines Trilogs angenommen. Die am Ende der Verhandlungen gefundene Einigung muss anschließend noch von den Organen gemäß ihren jeweiligen internen Verfahren genehmigt werden. Diese wird in den meisten Fällen durch die Mitgesetzgeber ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Im April 2015 beantragte Herr Emilio de Capitani beim Europäischen Parlament auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 den Zugang zu dem vom Parlament ausgearbeiteten bzw. diesem zur Verfügung gestellten Dokumente und die Informationen über die von den Organen in den laufenden Mitentscheidungsverfahren vertretenen Standpunkte. Dabei handelt es sich insbesondere um im Rahmen von Trilogen erstellte tabellarische Übersichten mit mehreren Spalten.

Die tabellarische Übersicht enthält im Allgemeinen vier Spalten: Die erste enthält den Wortlaut des Gesetze-

bungsvorschlags der Kommission, die zweite den Standpunkt des Parlaments und die von ihm vorgeschlagenen Abänderungen, die dritte den Standpunkt des Rates und die vierte den Wortlaut des vorläufigen Kompromisses oder den vorläufigen Standpunkt des Ratsvorsitzes gegenüber den vom Parlament vorgeschlagenen Abänderungen.

Im Juli 2015 gewährte das Parlament vollständigen Zugang zu fünf der insgesamt sieben mehrspaltigen tabellarischen Übersichten, die es anhand der Anträge von Herrn Emilio de Capitani identifizieren konnte. Hinsichtlich der beiden anderen tabellarischen Übersichten gewährte das Parlament nur in die ersten drei Spalten Einsicht. Damit weigerte sich das Parlament die vierte Spalte offenzulegen. Seiner Meinung nach enthielt die vierte Spalte dieser Dokumente vorläufige Kompromisstexte sowie vorläufige Standpunkte der Ratspräsidentschaft, deren Offenlegung zu einer tatsächlichen, spezifischen und schwerwiegenden Beeinträchtigung seines eigenen Entscheidungsprozesses sowie des interinstitutionellen Entscheidungsprozesses im Zusammenhang mit dem laufenden Gesetzgebungsverfahren geführt hätte.

Was den Zugang zur vierten Spalte der tabellarischen Übersichten zu den die laufenden Gesetzgebungsverfah-

ren betreffenden Trilogien angeht, kommt das Gericht zu dem Ergebnis, dass die europäischen Gesetzgebungsverfahren auf dem Grundsatz der Öffentlichkeit und Transparenz basieren. Deshalb muss es Bürgern zur Ausübung ihrer demokratischen Rechte nach Ansicht des Gerichts möglich sein, den Entscheidungsprozess innerhalb der beteiligten Organe im Einzelnen zu verfolgen und Zugang zu sämtlichen einschlägigen Informationen zu erhalten. Der Zugang zu diesen Dokumenten kann nur verweigert werden, wenn das betreffende Organ feststellt, dass bei vernünftiger und nicht rein hypothetischer Prognose der umfassende Zugang zu diesen Dokumenten seinen Entscheidungsprozess tatsächlich konkret beeinträchtigen könnte. Dabei stellt das EuG klar, dass eine mögliche schwere Beeinträchtigung des Entscheidungsprozesses erst dann angenommen werden kann, wenn sich durch Äußerungen der öffentlichen Meinung die Gefahr des Drucks von außen verwirklicht.

Im vorliegenden Fall betraf der in Rede stehende Legislativvorschlag aber die Rechte der Bürger und die vierte Spalte enthielt Gesichtspunkte, die der klassischen Gesetzgebungsarbeit zuzurechnen waren.



Jahreschronologie 2018

Januar

01.01.2018 **Ratspräsidentschaft**
Bulgarien übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

17.01.2018 **Energieeffizienz**
Das Parlament hat für ein verbindliches EU-Energieeffizienzziel von 35 Prozent sowie nationale Richtziele gestimmt. Dieses Ziel soll auf der Grundlage des prognostizierten Energieverbrauchs im Jahr 2030 nach dem PRIMES-Modell (Simulation des Energieverbrauchs und des Energieversorgungssystems in der EU) festgelegt werden.

24.01.2018 **Datenschutz**
Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Leitfaden zu den neuen, ab 25. Mai 2018 geltenden Datenschutzbestimmungen, um deren reibungslose Anwendung in der gesamten EU zu erleichtern. Der Leitfaden gibt einen Überblick darüber, was die Europäische Kommission, die nationalen Datenschutzbehörden und nationale Verwaltungen noch tun sollten, um die Vorbereitungen erfolgreich abzuschließen.

31.01.2018 **Nachhaltige Finanzierung**
Die von der Europäischen Kommission Ende 2016 eingesetzte Expertengruppe für nachhaltige Finanzierung veröffentlicht ihren Abschlussbericht. Die Europäische Kommission wird nun auf der Grundlage dieser Empfehlungen ihre Strategie für nachhaltige Finanzierungen fertigstellen und einen umfassenden Aktionsplan vorlegen.

Energieeffizienz von Gebäuden

Die EU-Botschafter bestätigen die vom estnischen Vorsitz und vom Europäischen Parlament im Dezember 2017 erzielte, politische Einigung über die überarbeitete Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.

Februar

14.02.2018 **Versicherungsvertriebsrichtlinie**
Die EU-Botschafter bestätigen im Namen des Rates eine Einigung zur Verlängerung der Frist für die Umsetzung und den Beginn der Anwendung der neuen Bestimmungen zum Versicherungsvertrieb. Auf Grundlage eines Kommissionsvorschlags wurde beschlossen, den Beginn der Anwendung der Versicherungsvertriebsrichtlinie (Insurance Distribution Directive) auf den 1. Oktober 2018 zu verschieben. Dieser Aufschub soll die Versicherungsbranche in die Lage versetzen, sich besser auf die Richtlinie und die Änderungen vorzubereiten, die notwendig sind, um den Durchführungsbestimmungen nachzukommen.

27.02.2018 **Geoblocking**

Der Rat der Europäischen Union erteilt seine Zustimmung für das Ende des Geoblockings beim Internethandel. Damit ist die Einigung komplett, die Hindernisse für den elektronischen Handel beseitigen wird, indem Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden verhindert werden. Das Europäische Parlament stimmte bereits am 6. Februar 2018 der Verordnung zur Beendigung des Geoblocking zu.

28.02.2018 **Europäische Einlagenversicherung (EDIS)**

Die Europäische Volkspartei (EVP) positioniert sich in ihrem Beschluss „Our Euro: Stable, Stimulating, Successful“ zu einem möglichen europäischen Einlagenversicherungssystem (EDIS). In dem Papier heißt es: „Wir brauchen EDIS, wenn die Bedingungen erfüllt sind.“ Damit bekennt sich die EVP-Fraktion einerseits zu dem langfristigen Ziel eines europäischen Einlagenversicherungssystems, andererseits knüpft es die Einführung an entsprechende Vorbedingungen im Bereich der Risikoreduzierung.

März

01.03.2018 **Finanzkriminalität**

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments beschließen einen neuen Sonderausschuss für Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuerumgehung, tätig für ein Jahr und mit 45 Mitgliedern, einzurichten. Die Einsetzung des Sonderausschusses wird unter anderem als Reaktion auf die Enthüllungen der „Paradise Papers“ im vergangenen Jahr vorgeschlagen.

08.03.2018 **Nachhaltige Finanzierung**

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Aktionsplan zu nachhaltiger Finanzierung. Ausgehend von dem Abschlussbericht der Expertengruppe für nachhaltige Finanzierung, schlägt die Europäische Kommission eine EU-Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen mit insgesamt 10 Maßnahmen vor.

FinTech

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Aktionsplan zu FinTech, der sich mit neuen Entwicklungen am Markt für Bank- und Finanzdienstleistungen befasst.

12.03.2018 **Pfandbriefe**

Die Europäische Kommission legt einen Gesetzgebungsvorschlag für ein EU Rahmenwerk für gedeckte Schuldverschreibungen (Covered Bond) vor. Das Rahmenwerk besteht aus einer Richtlinie und einer Verordnung.

14.03.2018 **Notleidende Kredite (NPLs)**

Die Europäische Kommission legt ein Gesetzgebungspaket zum Abbau notleidender Kredite (Non-Performing Loans, NPLs) vor. Dieses besteht aus einem Richtlinienentwurf, einem Verordnungsentwurf zur Anpassung der Verordnung zu Eigenmittelanforderungen (EU) Nr. 575/2013 (CRR) sowie einer unverbindlichen Blaupause für die Einrichtung nationaler Vermögensverwaltungsgesellschaften.

22.03.2018 **EZB**

Nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Zentralbank ernennt der Europäische Rat Luis de Guindos für eine Amtszeit von acht Jahren zum Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank. Dieser wird die Nachfolge von Vítor Constâncio am 1. Juni 2018 antreten.

April

06.04.2018 **Datenschutz**

Die EU einigt sich auf eine umfassende Reform ihres Datenschutz-Rechtsrahmens und verabschiedet das Datenschutz-Reformpaket. Dieses enthält die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), mit der die 20 Jahre alte Datenschutz-Richtlinie ersetzt wird. Die neuen EU-weiten Datenschutzbestimmungen sind ab 25. Mai 2018, zwei Jahre nach der Verabschiedung und dem Inkrafttreten der Verordnung, anzuwenden.

11.04.2018 **„New Deal“ für Verbraucher**

Die Europäische Kommission veröffentlicht ihr Reformpaket („New Deal for Consumers“) im Bereich des Konsumentenschutzes. Das Reformpaket besteht aus zwei Richtlinienvorschlägen:

- 1) Vorschlag zu Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG über Unterlassungsklagen.
 - 2) Vorschlag zur Änderung der Richtlinie des Rates über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen, der Richtlinie über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse, der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern und der Richtlinie über die Rechte der Verbraucher.
-

17.04.2018 **Energieeffizienz von Gebäuden**

Die Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Energieeffizienz von Gebäuden wird im Plenum angenommen.

Mai

14.05.2018 **Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung**

Der Rat der Europäischen Union gibt seine Zustimmung zur 5. Geldwäscherichtlinie (Änderung der 4. Geldwäscherichtlinie, Richtlinie (EU) 2015/849). Die Richtlinie tritt zwanzig Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die Mitgliedstaaten haben dann 18 Monate Zeit, um die neuen Vorschriften in nationales Recht umzusetzen

Energieeffizienz von Gebäuden

Der Rat der Europäischen Union nimmt die überarbeitete Richtlinie über Gesamtenergieeffizienz an (Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden). Die Richtlinie tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft. Die Frist für die Umsetzung in nationales Recht beträgt 20 Monate.

24.05.2018 **Nachhaltige Finanzierung**

Die Europäische Kommission legt ein Gesetzgebungspaket zu nachhaltiger Finanzierung vor. Dieses umfasst drei Legislativvorschläge:

- 1.) Vorschlag zu Rahmenkriterien (Taxonomie), anhand derer sich bestimmen lassen soll, welche Geldanlagen als „nachhaltig“ gelten.
- 2.) Vorschlag zu harmonisierten Offenlegungspflichten für institutionelle Anleger (etwa Vermögensverwalter, Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds oder Anlageberater).
- 3.) Vorschlag für eine neue Kategorie für Referenzwerte, der einen Referenzwert für geringere CO₂-Emissionen („Dekarbonisierungsvariante“ von Standardindizes) sowie einen Referenzwert für positive CO₂-Effekte umfasst.

SBBS

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Legislativvorschlag zu Sovereign Bond-backed Securities (SBBS). Durch die Einführung dieses Finanzinstrumentes soll die Verflechtung zwischen Banken und Staaten gelockert werden. Gefördert werden soll das Instrument durch aufsichtsrechtliche Erleichterungen (bspw. Wegfall der Verpflichtung zur Eigenkapitalunterlegung).

25.05.2018 **Bankenpaket**

Im Rahmen des ECOFIN einigen sich die Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union auf eine gemeinsame Position (Allgemeine Ausrichtung) zum sogenannten Bankenpaket. Dieses hatte die Europäische Kommission in Form von Vorschlägen zur Überarbeitung der CRR/CRD IV/BRRD und SRM-Verordnung am 23. November 2016 vorgelegt.

Juni

19.06.2018 **Bankenpaket**

Mitglieder im Ausschuss für Wirtschaft und Währung stimmen über die Berichte des Bankenpakets ab und für den Beginn der interinstitutionellen Verhandlungen mit dem Rat, den so genannten Trilog.

Energieeffizienz-Richtlinie

Die EU-Botschafter billigen die vorläufige Einigung des bulgarischen Ratsvorsitzes über die Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie. Die Billigung bedeutet, dass der Rat dem Deal zugestimmt hat. Die formelle Annahme durch den Rat und die Abstimmung im Plenum werden im Oktober erwartet.

Juli

01.07.2018 **Ratspräsidentschaft**

Österreich übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

11.07.2018 **Europäisches Parlament**

Der österreichische Finanzminister und gleichzeitiger Präsident des Rates für Wirtschaft und Währung spricht im wirtschaftspolitischen Dialog mit den Abgeordneten über die Prioritäten der österreichischen Ratspräsidentschaft. Zu diesen zählen: Vervollständigung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion. Zusätzlich werden notleidende Kredite und die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion als Prioritäten genannt.

August

02.08.2018 **Nachhaltige Finanzierung**

Der sozialdemokratische Berichterstatter veröffentlicht seinen Berichtsentwurf über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Offenlegung von Informationen über nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken.

17.08.2018 **Gedekte Schuldverschreibung**

Der konservative Berichterstatter veröffentlicht seinen Berichtsentwurf zur Richtlinie über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht über gedeckte Schuldverschreibungen.

21.08.2018 **Gedekte Schuldverschreibung**

Der konservative Berichterstatter veröffentlicht seinen Berichtsentwurf zur Verordnung über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht über gedeckte Schuldverschreibungen.

September

03.09.2018 **Notleidende Kredite**

Im Ausschuss für Wirtschaft und Währung findet eine erste Aussprache zu den Richtlinien und Verordnungsvorschlägen statt.

Nachhaltige Finanzierung

Der Berichtsentwurf bezüglich der Offenlegungspflichten wird von den Mitgliedern des Wirtschafts- und Währungsausschusses erstmalig diskutiert.

12.09.2018 **Rede zur Lage der Union**

Kommissionspräsident Juncker kündigt u.a. neue Maßnahmen an, um effektiv und grenzüberschreitend gegen Geldwäsche vorgehen zu können. Außerdem würden die jüngsten Ereignisse die Notwendigkeit aufzeigen, die Wirtschafts- und Währungsunion zu vertiefen und liquide und tiefe Kapitalmärkte zu schaffen. Verschiedene Vorschläge der Kommission zu diesem Thema lägen dafür auf dem Tisch und müssten nur noch von Parlament und Rat angenommen werden.

Geldwäsche

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Legislativvorschlag, der zu einer strengeren Überwachung/Durchsetzung der Geldwäschebekämpfung führen soll. In diesem Sinn sollen alle Befugnisse zur Geldwäschebekämpfung im Finanzsektor bei der EBA gebündelt werden.

28.09.2018 **Nachhaltige Finanzierung**

Die sozialdemokratische Berichterstatterin veröffentlicht ihren Berichtsentwurf zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/1011 in Bezug auf Referenzwerte für CO₂-arme Investitionen und Referenzwerte für Investitionen mit günstiger CO₂-Bilanz.

Oktober

18.10.2018 **Europäischer Rat**

Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 erörtern mit Blick auf den Euro-Gipfel im Dezember den Verhandlungsstand bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Während der folgenden Pressekonferenz erklärt Kommissionspräsident Juncker: „Wir sind übereingekommen, dass wir die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden und einen Zeitplan für die Prüfung und Schaffung der europaweiten Einlagensicherung festlegen sollten.“

Nachhaltige Finanzierung

Mitglieder im Ausschuss für Wirtschaft und Währung diskutieren die Änderungsvorschläge zum Berichtsentwurf bezüglich des Verordnungsvorschlags der Kommission über Offenlegungspflichten im Zusammenhang mit nachhaltigen Investitionen und Tragfähigkeitsrisiken.

22.10.2018 **Sammelklage**

Der christdemokratische Berichterstatter im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments (JURI) stellt seinen Berichtsentwurf zu Sammelklagen vor.

31.10.2018 **Notleidende Kredite**

Die Botschafter der EU billigen den Standpunkt des Rates zu Eigenkapitalanforderungen, die für Banken mit notleidenden Krediten in ihren Bilanzen gelten sollen.

November

05.11.2018 Nachhaltige Finanzierung

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Währungsausschuss nehmen den Berichtsentwurf des Berichterstatters an und legen parlamentsseitig fest, dass alle Kreditinstitute in den Anwendungsbereich der Verordnung über Offenlegung von Informationen über nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken aufgenommen werden.

08.11.2018 Barrierefreiheit

Das Europäische Parlament und der Rat erzielen eine Einigung zum Richtlinienvorschlag zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen („European Accessibility Act“).

20.11.2018 Sammelklage

Der Berichterstatter und die Schattenberichterstatter diskutieren die Änderungsanträge zum Dossier Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher. In der Diskussion ist man sich einig, dass mit der Richtlinie eine Mindestharmonisierung erreicht werden soll.

Gedeckte Schuldenverschreibung

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung stimmen über die Berichte zur gedeckten Schuldenverschreibung ab und nehmen diese an.

28.11.2018 Europäische Kommission

Die Europäische Kommission veröffentlicht zwei Mitteilungen bezüglich der Kapitalmarktunion und der Bankenunion. Die Kommission ruft unter anderem dazu auf, das politische Engagement und die Anstrengungen zur Vollendung einiger wichtiger Bausteine der Kapitalmarktunion zu erneuern und die einschlägigen Arbeiten noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 abzuschließen. Zusammen mit der Vollendung der Bankenunion sei dies jedenfalls eine wesentliche Voraussetzung für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Stärkung der internationalen Rolle des Euro.

Dezember

04.12.2018 Bankenpaket

Die Wirtschafts- und Finanzminister billigen die Einigung über politische Kernelemente des Bankenpakets, welches unter der Hauptüberschrift „Risikoreduzierung im Bankensektor“ steht.

Single Supervisory Mechanism

Die EU Wirtschafts- und Finanzminister unterstützen mehrheitlich die Bestellung von Andrea Enria zum neuen SSM-Chef.

18.12.2018 Notleidende Kredite

Das Parlament und der Rat einigen sich im Rahmen des Trilogprozesses auf eine gemeinsame, finale Position zu notleidenden Krediten.



Foreword

In May 2019, citizens were called upon to elect a new European Parliament and many were speaking of a “choice of destiny for Europe”. I do not wish to exaggerate the importance of these elections, as every election represents an important decision-making time for a society. Nevertheless, at the moment, we all realise that our Continent is at a crossroads. The few, but loud Eurosceptics and nationalists do not have much confidence in Europe or even reject it outright. They wish to withdraw behind their national barricades and respond to our common concerns with their solitary solutions. At the same time, in my conversations with many people about Europe, my experience has been that in the past two years many have become aware of the value that European unity as such has for us all.

In the meantime, the factual situation seems clear: already today, we Europeans account for less than ten per cent of the world population, with a falling trend. Even as the largest economy in Europe, Germany now contributes only about three per cent of global GDP. No matter which field we look at: it is obvious that no European country can tackle the global issues of our time—whether security, environmental protection, trade or migration—alone. If we Europeans wish to continue to sit down together and actively shape our future, we must do our homework now and set the right course. A united, strong Europe that pulls together in important issues and speaks with one voice is the prerequisite for this.

Our challenges for the coming years are many and varied. On the one hand, it is important to decisively oppose the rejection of European values in some EU countries, which goes as far as targeted erosion of the principles of the rule of law. Democracy, legal certainty and freedom must be ensured for citizens and businesses throughout the EU. On the other hand, it is essential to strengthen European cooperation. This is the case for the common foreign and

security policy, for a functioning European asylum system and for the common protection of our external borders. On these issues, there is great support among Europeans for common action and yet we have been treading water too much and too long.

We must also certainly look at the Economic and Monetary Union. After the crisis years 2008–2013, we in Europe have known only one direction, i.e. upwards. Although much progress has been made, in no way have all risks been eliminated. The Economic and Monetary Union must be further developed as a matter of urgency—and before the next crisis comes.

Some problem cases, such as Greece or Spain, are in no way out of the woods, but after hard days they are on the right track. The situation in Italy is much more difficult. The country is a heavyweight in the euro area and is giving us some cause for concern. A new banking crisis with consequences for the whole of Europe is a real risk there! At the latest with the new right-left populist Government taking up office, which, with its eyes open, is increasingly bringing the country into difficulty, I see black clouds looming on the horizon.

However, just pointing the finger at individual countries does not bring us any further. If we wish to maintain competitiveness, prosperity and the welfare state model of Europe, then we cannot avoid consolidating the Economic and Monetary Union as a whole. My core demand remains that solidarity cannot be achieved without solidity. However, there is no doubt that some issues in future should be regulated at European level—I am thinking here, for example, of harmonisation of the basis for assessment or tax competition with European guidelines. Nevertheless, it must be clear that more coordination in economic and financial issues may in no way mean that

we overtighten regulation. It is a matter of carefully defining the framework conditions which enable people in Europe to move their ideas forward! However, good solutions for all these issues will not fall like manna from heaven. A prerequisite for this is the readiness of all for objective discussions and compromises. We should therefore do well to play a constructive role in these debates and I should welcome it if the European Federation of Building Societies participates with its expertise.

A further concrete challenge for us concerns Brexit. In addition to the work in progress on many issues, I consider it to be a particularly important task to draw our lessons from the months of torment and the chaos frequently experienced in London. In the past three years at the latest, most citizens on the Continent have realised that the many advantages of Europe should not be underestimated and are in no way self-evident. An important realisation from the Brexit chaos relates to both politics and society equally: often the nature of decision-making at EU level is criticised. On the other hand, the Brexit dispute and especially a solution for the relationship between Northern Ireland and the Republic of Ireland have demonstrated the strengths of this system. It is only thanks to

tough negotiations and a European perspective that it has been possible to defuse the bloody conflict there since 1998. We have lost sight of that! The readiness for dialogue, for compromises and to strike a fair balance between legitimate interests have brought peace to Ireland and also strengthened Germany and Europe. Where narrowmindedness and populism lead us, on the other hand, is unfortunately shown only too clearly by the chaos surrounding Brexit. We can and must build on this realisation by many people.

Whether in the future we shall work jointly and constructively on the further development of the EU or follow the sirens into an uncertain future is entirely in our hands. Through our decision in the European elections, we are setting the course for the future of Europe. I therefore ask you for your active commitment: let us be responsible for our Europe together and let us tackle the challenges ahead together. Only with your help shall we succeed in countering the Euroscepticism with our concrete proposals for a good future for Europe!

Rainer Wieland,
Vice-President of the European Parliament



Position papers

Position paper on the banking package

In 2018, as in 2016 and 2017, the EFBS monitored developments relating to the banking package (revision of the CRR, CRD IV, BRRD and SRMR), with a specific focus on adequate consideration of the bauspar system in the calculation of the leverage ratio. For pre-intermediate financing of a bauspar contract, a higher figure is recorded in the books than is the case for conventional bank financing with the same balance and credit risk. The leverage ratio total exposure measure is higher for bausparkassen; their treatment in relation to the leverage ratio is therefore unequal (no level playing field). In order to avoid a situation in which bausparkassen are disadvantaged as a consequence of prudential requirements, adjustment of the leverage ratio exposure measure is necessary. To take appropriate account of the bauspar business model, offsetting the pre-intermediate financing contract with the savings deposit accumulated on the basis of the bauspar contract should therefore be permissible in the calculation of the leverage ratio exposure measure. A bausparkasse could then account for pre-intermediate bauspar contracts in the same way as a bank would treat loans with the same balance. For the bausparkassen, therefore, the aim in 2018 was to achieve equal treatment with other banks under the supervisory provisions.

This demand from the Bausparkassen was taken up first by the Social Democratic rapporteur in his draft report in November 2017. The option for adequate consideration of the bauspar system in the calculation of the leverage ratio was then endorsed by the European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) with the adoption of the report in June 2018. Initially, however, it did not feature in the general approach adopted by the Council of the European Union in May 2018. However, with the involvement of the European Commission, it

proved possible, in autumn 2018, to produce a version of the text with specific wording that the Council was able to endorse in the trilogue on 21–22 November 2018. The EU economics and finance ministers gave their political agreement to the outcome of the negotiations on 4 December 2018.

Position paper on extending the scope of application of the Joint Committee (JC) Guidelines on complaints handling to credit intermediaries under the Mortgage Credit Directive

With its position paper of 25 May 2018, the EFBS participated in the European Banking Authority's consultation EBA/CP/ 2018/02, which started on 27 March 2018. The EBA consultation concerned the question – of relevance to the bausparkassen – whether to extend the scope of application of the existing Joint Committee (JC) Guidelines on complaints handling to credit intermediaries under the Mortgage Credit Directive (MCD).

In the EFBS's opinion, the application of the Guidelines to authorities responsible for supervising complaints handling by credit intermediaries and non-credit institutions under the MCD (Directive 2014/17/EU) would be quite excessive. Credit intermediaries as defined in Article 4(5) in the MCD conduct their business on behalf of the creditor. As a rule, in civil law jurisdictions, the conduct of the intermediary is attributed to the creditor. Furthermore, the creditor is already bound by a complaints handling procedure and is part of an arbitration or ADR scheme. In the EFBS's opinion, in this case, it is sufficient if the intermediary refers to the scheme his credit institution adheres to. It is therefore not necessary, in the EFBS's view, to have in

place a separate complaints procedure for credit intermediaries as consumers are already provided with such protection under Article 14 and 15 of the MCD.

As the EBA itself states, the implementation of the JC Guidelines entails high administrative burdens. The EBA also states that in many cases natural persons do not have the capacity to meet the requirements of the guidelines. After all, the guidelines are tailored to larger, work-sharing organisations rather than sole trader businesses. The EFBS pointed out that it would therefore be disproportionate if natural persons, as lending agents, had to implement the Guidelines as well as larger companies.

It is therefore essential that the principle of proportionality be applied when implementing the Guidelines. In the interests of legal clarity and legal certainty, the EFBS advocated that this principle be explicitly enshrined in the Guidelines. EIOPA has laid down this principle in the introduction (paragraph 5) of its Guidelines on Complaints Handling by Insurance Intermediaries. As the EFBS emphasised in its position paper, there is no reason to deviate from this practice.

In particular, the principle allows national supervisory authorities, when implementing the Guidelines, to consider not only whether the credit intermediary is a natural or legal person, but also, for example, whether he is involved as a tied agent in the complaint processing of the creditor and thus does not need his own guidelines for complaint handling.

Position paper on creditworthiness assessments under the Consumer Credit Directive

On 24 April 2018, the EFBS contributed to a joint position by the European Banking Industry Committee (EBIC) on this topic. In light of the two-year anniversary of the implementation of the Mortgage Credit Directive and based on experience of transposition of that Directive as well as the elaboration of the EBA Guidelines on Creditworthiness Assessment for Mortgage Credit, the EBIC shared some observations which it believed could be of use in the context of the Commission's current work on creditworthiness assessments in the field of the Consumer Credit

Directive with the European Commission's Directorate-General for Justice and Consumers. The EBIC also reiterated its ongoing commitment to constructively contribute to the European Commission's work in relation to action 9 of the Consumer Financial Services Action Plan.

The EFBS drew attention to an important consideration in respect of creditworthiness assessment that had emerged during the implementation of the MCD. In order to prevent misconceptions at national level, it should be clearly emphasised in any future debate on creditworthiness assessment guidelines that the assessment of income should be based on borrowers' household income (e.g. where the borrower is a couple). Otherwise, in individual creditworthiness assessments, there may be a risk that an individual is not creditworthy, and credit is therefore not granted. This approach would also be in line with the EBA Guidelines on Creditworthiness Assessment and the recitals of the Mortgage Credit Directive.

Position paper on the European Commission proposal for a Directive on representative actions

On 11 April 2018, the European Commission published a proposal for a Directive on representative actions for the protection of the collective interests of consumers, and repealing Directive 2009/22/EC.

The EFBS supports the objective pursued in the proposal for a Directive, which is to establish an effective system for collective claims for consumers in the event of infringements of EU consumer law.

However, in most Member States, regulations on collective redress have already been introduced or extended. Insofar as effective and efficient collective redress procedures already exist in the Member States, these should not be undermined by the proposed Directive. The EFBS therefore expressly supports the observation that the legal traditions of the Member States are to be respected. However, to achieve this, it is not sufficient that existing national procedures can continue to exist alongside the representative actions provided for in the Directive.

Rather, the scope of the representative action should be confined to the assertion of cross-border infringements of

consumer rights, as it is only in the case of a cross-border dimension of this kind that consumers in several Member States may be affected in the same way by possible infringements by a trader. Only in the case of cross-border matters the risk arises that consumers, in the absence of an effective and efficient means of redress, lose confidence in the internal market so that only then competence under Article 114 TFEU for a single pan-European representative action comes into consideration.

However, if such a restriction is refrained from, it must be ensured that the new provisions on representative action take account of the particularities of the individual national procedural systems and respect the existing national procedural principles. This legal concept is also based in Article 81 TFEU, which provides for the adoption of measures for the approximation of laws and regulations only as a supplement to judicial cooperation between the Member States based on the principle of mutual recognition.

Position paper on minimum capital requirements for market risk

As part of the fundamental review of the trading book (FRTB), an adjustment of the calibration of necessary capital requirements for market risk is being undertaken. Although the Basel Committee on Banking Supervision (BCBS) had not completed its work on an updated version of the rules within the FRTB framework at the start of 2018, various aspects of market risk were already being dealt with in the legislative procedure on the banking package. The EFBS therefore recommended to the European Parliament that the Commission's proposals regarding FRTB within the banking package be put on hold until technical discussions at the international level are finalised and an updated text is available. The EFBS argued that Europe should not suffer from a lack of a level playing field by frontloading international standards, in the revision of the CRR, that are not yet finalised.

However, should the European Parliament decide to implement the rules on the FRTB in the current form, the EFBS would support efforts to make it clear that in the distinction between the trading book and banking book, it is appropriate to focus on trading intent.

In any event, as the EFBS observed, it is essential to avoid a situation in which numerous non-trading book institutions are subject to the regulations applicable to trading book institutions as a result of the new definitions. For example, the current CRR draft (Article 104f.) is based on the legal presumption that investment funds with a certain percentage of equity and daily look-through are to be assigned to the trading book. It may, however, be assigned to the banking (non-trading) book with the approval of the competent supervisory authority. Investing in shares in this type of fund is common practice among smaller and specialised non-trading book institutions in particular. In such instances, neither the institution's nor the investment company's management would exhibit the characteristics of trading book business. For that reason, arrangements for the necessary approval for allocation of certain investments to the banking book should be easily practicable, in the EFBS's view.

Furthermore, the current draft of the CRR (Article 94) provides for a derogation for small trading book business. According to the current draft of the CRR, the maximum volume of trading book business to qualify for the derogation is to be increased and established at 50 million euro and 5 percent of the total balance sheet. In view of the possibility also to be able to exempt institutions with small trading book business permanently, the limit of 50 million euro should be raised significantly. The relative threshold should also be raised, in the EFBS's view.

With its position paper of 6 June 2018, the EFBS also participated in the consultation organised by the Basel Committee on Banking Supervision on revisions to the minimum capital requirements for market risk (BCBS 436). Here too, the EFBS focused on the future boundary between the trading book and the banking book. The EFBS considered, from the point of view of a non-trading book institution, that further clarification of the interaction between paragraphs 12 and 16 of the standards is necessary.

Application of the IRB approach

In recent years, the European Banking Authority (EBA), with reference to the obligations under the CRR, had made several proposals on the IRB approach for credit risk in order to counteract unjustified variability in the results

of internal models. However the proposals result in a considerable restriction of the freedom of institutions to use their own methods.

The EFBS took part in public consultations EBA/CP/2018/07 and EBA/CP/2018/08, organised by the EBA in May 2018, on specifying an economic downturn and on the estimation of loss given default in the event of an economic downturn. In its position paper, the EFBS was particularly critical of the data collection requirements for periods of economic downturn and the selection of suitable periods for estimating the loss given default, as well as the disproportionately high expenditure necessarily arising from this for the institutions.

The EBA published the final technical standards on the specification of an economic downturn in November 2018.

It expects that by considering the standards in conjunction with the guidelines on the estimation of risk parameters and the treatment of defaulted exposures, finalised in 2017, changes will be required in most internal models, which means that they will again have to be accepted by the banking supervisor. The standards, like the guidelines, are to be applied from 1 January 2021.

In March 2019, the EBA published the final guidelines on the estimation of loss given default in the event of an economic downturn, thereby completing its work on the IRB approach. It calls on institutions to discuss implementation at an early stage with the competent supervisory authorities in order to ensure timely referral of the internal models to the authorities with a view to approval of material changes.



Committees

In 2018 the three specialised committees of the European Federation of Building Societies met twice. The semi annual meeting took place in Brussels on 8–9 March 2018. The annual meeting was held in Rome on 4–5 October 2018. The specialised committees focused on topical issues of relevance to the baupar system.

Housing Policy and Marketing

The spring meeting of the Housing Policy and Marketing Committee in Brussels focused on housing policy. Eva Bauer (Austrian Federation of Limited-Profit Housing Associations) gave the Committee a very detailed insight into the Austrian system of limited-profit housing. The second guest speaker at the Committee's spring meeting, Dimitros Athanasiou (European Commission, DG ENER) reported on forthcoming changes resulting from the EU Energy Performance of Buildings Directive.

At the annual meeting of the European Federation of Building Societies in Rome, digitalisation was the main topic. Christine Antlanger-Winter (CEO Mindshare Austria) gave the Committee some insights into the digital trends to which banks and Bausparkassen will have to acclimatise to in the near future. She also provided some examples of digital marketing strategies, with a particular focus on banks and other financial sector businesses. Erich Feix von der Slovakian Bausparkasse Prvá stavebná sporiteľňa gave a presentation about the benefits of Slovakia's baupar system from a customer perspective.

Financial Affairs Committee

Main topics of the Financial Affairs Committee's spring meeting were supervisory interest rate shock as well as the state of play of the Council's work on the revision of the CRR as part of the banking package. Dr Torsten Kelp (German Federal Financial Supervisory Authority (BaFin)) commented on the current and future measurement as well as the risk bearing capacity of the supervisory interest rate shock. Eva Maria Lüdemann (Permanent Representation of the Federal Republic of Germany to the European Union) focused mainly on the remaining issues standing in the way of a general approach for the CRR. These three issues are: the handling of the fundamental review of the trading book (FRTB), MREL calibration, and the exemption of promotional and public development banks from the scope of application of the CRR/CRD IV.

At the autumn meeting Dr Benedict Hruby (Austrian Federal Ministry of Finance) gave a presentation on "MREL/TLAC – Current developments and impacts on deposit-based institutions", while the second speaker, Angelo Peppetti (Italian Banking Association), reported on the current developments in Italian banking.

Legal Affairs Committee

At the spring meeting of the Legal Affairs Committee, Ralf Jacob (DG FISMA, European Commission) reported on the European Commission's current measures to implement the Consumer Financial Services Action Plan. Wolf Klinz, MEP, shadow rapporteur from ALDE, summarised the new rules for the European Supervisory Authorities (ESAs) review and delivered some insights into the ongoing nego-

tiations. Egelyn Braun (DG JUST, European Commission) reported on the Commission's proposed New Deal for Consumers.

In the Committee's Autumn meeting Judith Gögele (Pensplan Centrum AG, Italy) provided insights on "Bauspar saving with the supplementary pension fund in South Tyrol". During the further course of the meeting, the Committee discussed the legislative proposals presented by the European Commission in April 2018 as part of the New Deal for Consumers.

Lastly, Thomas Erhardt and Roberta Brunelli (AmTrust International Mortgage and Credit, Italy) explained their

business model which offers services such as hedge accounting under IFRS 9.

Additionally, the Committee discussed the legislative package on sustainable finance, presented by the European Commission on 24 May 2018 aiming at reshaping the EU's current financial system so that in future, environmental, social and governance (ESG) factors will be given greater consideration in investment decisions. Finally, the Committee discussed the state of play of EDIS (European Deposit Insurance Scheme), the ESA review, the pan-European personal pension product (PEPP) and the review of the implementation of the OECD Common Reporting Standard (CRS).



Elections 2019

Positions and recommendations of the Bausparkassen

For decades, European integration has been a success story. It is the greatest post-war peace project. Political and economic cooperation and convergence have long formed an integral part of this process. In 2019, the United Kingdom, a founding Member State of the European Union, is leaving this union of States. “Brexit” and the anti-European sentiment are not a one-off event, but the expression of a general scepticism towards supranational institutions in Europe. The European Union is today facing the need to reform internally and to maintain the confidence of the people. In doing so, it should be guided by the principles which for decades have constituted its strength, namely those of subsidiarity and proportionality.

The Bausparkassen consider the Banking Union created in response to the financial crisis which erupted in 2008 and the harmonisation of European banking supervision law (Single Rulebook) to be key factors for the creation of a secure, sound European financial sector. In this connection, however, the business models of specialised institutions, such as that of the Bausparkassen, should also be given greater consideration to avoid discrimination in relation to universal credit institutions. In addition, with regard to financial market regulation, the EU should, as a priority, oversee only such business models and institutions of importance for the internal market.

Against this background, the Bausparkassen have drawn up the following recommendations for the forthcoming legislative period of the European Parliament and the new European Commission.

Sustainable finance without discrimination

Reorientation of capital flows towards more sustainable investments is to be supported in principle in order to be able to take effective action against climate change and to achieve the goals of the Paris Agreement. For this purpose, there is a shortfall of approximately 180 billion euro per year, which cannot be raised by the public sector alone. The core business of the Bausparkassen, in addition to financing housing, also includes the provision of renovation loans. These are used by customers predominantly for measures to improve energy efficiency and thereby already at the present point in time represent an important contribution to sustainable development. In the context of the legislative package on “sustainable finance” presented by the European Commission in May 2018, we emphatically advocate focusing more strongly on the voluntary principle and especially on providing for measures which serve to create market transparency. Standards for the definition of what is to be considered as “sustainable” may not extend beyond this.

Proportionality and appropriate consideration of the risk of different business models

The principles of subsidiarity and proportionality should be given greater prominence in European regulation. The EU banking market consists of credit institutions with a

very wide variety of business models. These also include the Bausparkassen with their routinely small-scale, low-risk Bauspar business. The national supervisory authorities are acquainted with the particularities of the various business models from their decades of supervisory activities. Consequently, their competence should be strengthened in order to regain more appropriate and risk-oriented supervision and regulation. This is urgently required, as a large number of regulatory projects are tailored to global systemically important institutions (especially the specifications of the Basel Committee on Banking Supervision). The ECB and EBA should therefore receive the statutory mandate in each case to examine whether individual business models require specific regulation and how, where appropriate, discrimination against them can be avoided.

Regulatory moratorium and extension of implementation deadlines

In addition to a proportionate and business-model-specific approach, there is a need for a general regulatory moratorium. The massive new regulatory frameworks constitute a burden on the institutions in terms of both financial and human resources. After ten years of intensive

regulation, a respite is in order. To cope with the flood of regulations, self-mandating by the EBA must also be restricted. In addition, an extension of the implementation deadlines is needed to enable careful implementation of all regulatory issues and the introduction of the IT necessary for this purpose.

EU Directives and EU Regulations as a rule are to be transposed into national law and/or applied two years after entry into force or taking effect. As the example of the Directive on credit agreements relating to residential property shows, the European specifications are frequently so complex that this deadline is insufficient for the national legislators. For the transposition and/or application of Directives and Regulations, three years should be provided for in general in the future.

Risk-adjusted implementation of the final Basel III decisions

Also in the case of the implementation of the final Basel III decisions, it is necessary to consider the business model of the Bausparkassen in order to avoid unjustified regulatory discrimination. Two examples illustrate this. Under the new standardised approach for operational risk,

Recommendations at a glance

- Sustainable finance without discrimination
- Proportionality and appropriate consideration of the risk of different business models
- Regulatory moratorium and extension of implementation deadlines
- Risk-adjusted implementation of the final Basel III decisions
- Regulation of shadow banks
- Risk reduction before deposit guarantee
- Prevention of abuse and introduction of the possibility of action for a declaratory judgment in the case of representative actions
- Increase in legal certainty and practice-oriented consumer information when evaluating the Consumer Credit Directive
- Risk-based approach to combating money laundering
- Housing in Europe: Interparliamentary dialogue on urban-rural divide



the services component of the business indicator is to be considered as the maximum of fee income and fee expenses. This would lead to an unrealistic risk assessment in the case of fee-based business models, such as that of the Bausparkassen. Sample calculations by the banking supervisor have shown that this would lead to a significant increase in capital requirements. In order to take the business model of the Bausparkassen sufficiently into account, netting of fee income and fee expenses should be authorised in cases where fee income and fee expenses are fully conditional upon one another.

A second example relates to the boundary between the trading book and the banking book, which is redefined in the context of the fundamental review of the trading book (FRTB), and effects on the necessary capital requirements for market risk. New requirements for the trading book may lead to a situation where existing non-trading book institutions, such as Bausparkassen, will possibly be classified as trading book institutions, even though maintaining a trading book would be disproportionate. Especially specialised credit institutions with a limited investment range, with no intention to trade, might be affected, because investment in fund units which are reviewed on a daily basis is widespread in such institutions. The Bausparkassen therefore call for an instrument or product to be assigned to the trading book only in the case of the intention to trade.

Regulation of shadow banks

The density of supervision and regulation for credit institutions has in the meantime reached a very high level. However, it should be borne in mind that a threat to the system does not emanate exclusively from credit institutions. In order to maintain a level playing field, undertakings with the same business activities and the same risks must also be subject to the same supervision and regulation. In this context, particular attention should be paid to the growing influence and systemic importance of shadow banks, FinTechs and BigTechs.

Their regulation should be brought in line with the strictness of regulation for credit institutions. The same activities and/or the same risks must be regulated uniformly.

Risk reduction before deposit guarantee

The Bausparkassen are of the opinion that the introduction of a European deposit guarantee scheme (EDIS) can occur only after a comprehensive reduction of the credit risks in the banking sector. The rushed introduction of EDIS could lead to incalculable consequences for financial stability, since in this way liability for the risks incurred would be transferred to risk-averse, solvent institutions, while the profit opportunities remain exclusively with the risk-inclined institutions. EDIS is therefore accompanied by the danger of separation of risk and liability and compulsory transfers between the banking systems of the Member States.

Prevention of abuse and introduction of the possibility of action for a declaratory judgment in the case of representative actions

We welcome in principle that the European Commission, through the proposal for a Directive on representative actions, wishes to make available an efficient instrument for the protection of collective consumer interests. However, we advocate requiring an explicit mandate by the consumer in the structuring of the representative action (so-called “opt-in model”). The consumer should himself be able to decide whether he wishes to take legal action. To prevent “forum shopping”, the opt-in model should apply uniformly in all Member States. In addition, it must be ensured that only cases with a genuine connection to the body of claimants can be made the subject of representative actions. To prevent abuse of the representative action to the detriment of the economy, above all the conditions for the legal standing of entities should be tightened up. Since the amount of the consumer’s claim for damages often depends on the individual case, a European representative action in the form of an action for a declaratory judgment is routinely more efficient. In this respect, no regulatory requirements should be created which extend beyond already existing, adequate standards in the Member States (e.g. model declaratory action in Germany).

Increase in legal certainty and practice-oriented consumer information when evaluating the Consumer Credit Directive

The new provisions from the Consumer Credit Directive and the Directive on credit agreements relating to residential property (CCD and MCD respectively) have only just been implemented, involving a considerable administrative burden. At present, the European Commission is again evaluating the Consumer Credit Directive (2008/48/EC).

Creditworthiness assessment

In principle, European rules should be adopted only if they serve the creation and functioning of the internal market. The supreme principle for the legislator should be to increase legal certainty for both parties to the contract. It is precisely in this area that there is a need for a variety of improvements. For instance, it must be clarified at European level that the focus must be on household income for the income and expenditure account for the creditworthiness assessment and not on the individual income of the borrower, as has already been clarified in prudential law with the concept of the borrower unit.

Definition of the credit agreement and calculation of the annual percentage rate of charge

A key point which should be discussed at European level is in any case the question of the definition of the credit agreement. In particular, European law does not define the *essentialia negotii*, i.e. the components of the loan agreement. This results in the price for “borrowing money” in some Member States possibly comprising a fee in addition to interest, which is the case in Austria, for example. In Germany, on the other hand, according to the case law of the Supreme Court, fees independent of the term of the contract may not be charged. This elementary difference is possible in spite of the same EU consumer protection provisions because European law has not defined the loan agreement. This is also paradoxical from the point of view of the provisions on the calculation of the annual percentage rate of charge in the respective Directives. The EU provisions provide that such fees must be included in the calculation of the annual percentage rate of charge. They therefore assume that such fees exist, even though in Germany, for example, they are not permitted at all. Explaining this contradiction to someone is no easy matter.

Negative interest rates

In the context of the basic discussion to be conducted on the definition of a credit agreement, the topic of agreeing negative interest should also be raised.

It is precisely the European Institution of the ECB which sets negative interest rates and European civil law remains silent as to whether such an agreement is possible. The case-law of individual Member States has already had to deal with this phenomenon, especially in the case of variable rate clauses, and in this respect too has come to different conclusions.

Precisely the possibility to agree negative interest is however one of the key questions concerning the legal nature and the possibility to configure consumer loan agreements, on which it would be worthwhile to develop a basic guideline at European level.

Foreign currency loans

A further problem arises at present in the context of the implementation of the provisions for foreign currency loans under the Directive on credit agreements relating to residential property. Since the Directive differentiates between the currency of the country in which they work and the currency of the country in which they are resident, many frontier workers who avail themselves of the European freedom of movement, by living in the euro area but working in a neighbouring EU country, are largely excluded from taking out loans. There is an urgent need for regulatory correction here.

European standardised information sheet (ESIS)

The European standardised information sheet (ESIS), specially developed to create more transparency in the cross-border supply of housing loans now, according to the specifications of the Directive on credit agreements relating to residential property, comprises 30 pages (Germany) and 80 pages (Denmark). Firstly, this thwarts the original purpose of the ESIS to allow the consumer, when seeking the most favourable credit cross-border, to make a rapid comparison of the main elements of the offers made. Secondly, consumers no longer take any note of the information which is important for them. There is therefore a need for urgent action here, precisely in the interests of improving the cross-border supply of credit. Moreover, the cross-border distribution of financial products has become unattractive due to various provisions on income from commission, with the consequence that the

one-off authorisation by the banking supervisors in the country of origin (single European passport), provided for by the European Directives, ultimately remains a dead letter.

Rome I Regulation

However, the greatest obstacle, in the opinion of the Bausparkassen, is the Rome I Regulation, according to which the applicable consumer protection law is that applied in the place of residence of the consumer. This leads to incalculable legal risks for suppliers, in so far as they do not adapt their products 100 percent to the legal framework conditions of the country of destination. As a result, suppliers are in general deterred from the cross-border supply of financial services. We therefore call upon the European Commission, by amending Article 6(1) of the Rome I Regulation, to create the necessary conditions for increasing the cross-border supply of financial services.

Risk-based approach to combating money laundering

The Bausparkassen welcome the fact that the European legislator follows a risk-based approach for its measures on combating money laundering and the financing of terrorism. However, precisely at institutions which – like the Bausparkassen – supply products with a low money laundering risk, this approach should be applied consistently in all fields of combating money laundering. In this connection, it would be expedient for instance to extend the list of products with low money laundering risk, contained in the Annex to the EU Money Laundering Directive, to include financial products with a long-term investment horizon. In this way, the use of simplified due diligence would also be possible in relation to Bauspar contracts. Moreover, the requirements under money laundering law in connection with the procurement and acquisition of private residential properties should be designed in a

practical way, for instance through the introduction of threshold values.

In the context of automatic exchange through financial accounts (FATCA and OECD reporting standard), a greater distinction should also be drawn between financial products on which criminal interests focus and those which are ill-suited for this purpose. Since Bauspar contracts are ill-suited to tax evasion and also no money laundering risk exists, Bausparkassen and Bauspar accounts, as “low risk non-reporting financial institutions” or “low risk excluded accounts” respectively, should remain excluded from the OECD reporting standard.

Housing in Europe: Interparliamentary dialogue on urban-rural divide

Housing is one of the key fundamental human needs. There are major differences between the housing markets in Europe, although some trends emerge equally in all Member States: the trend towards urbanisation is continuing, there is a shortage of accommodation in the economically strong centres and the prices there are following an upwards trend. At the same time, there are regions in Europe which are becoming increasingly empty and basic public services are facing major challenges there. The resulting urban-rural divide has become a problem for cohesion in the countries of the Union. Nevertheless: there are good examples everywhere of how it is possible to deal with the problems—approaches from which others in turn can learn.

The Bausparkassen suggest that the European Parliament again institutionalises an exchange of experience between housing politicians of the parliamentary groups, for instance in the form of an interparliamentary group in which such best practices can be presented and debated.



Housing sector trends in Europe

Despite the very widely diverging trends once again in construction activity in Europe in 2018, two common threads emerge: investment activity is returning to normal in Western Europe and is expanding strongly in Eastern Europe. With the exception of the United Kingdom (-0.8 percent), investment rose in building and civil engineering in each of the other States surveyed by the national research institutes of the Euroconstruct network (consisting of a total of 19 member institutes). In Western Europe, investment grew by an average of 2.2 percent compared to the previous year, with the strongest growth in Portugal (+7.6 percent) and in the Netherlands (+6.3 percent). In Eastern Europe, the rate of change was 13.4 percent, with Hungary in the lead with the strongest growth (+24.7 percent).

Residential construction investment still growing, but at a slower pace

Housing construction accounted for about half of total construction investment in 2018. The increase in expenditure by an average of 2.8 percent was the same as that for construction activity as a whole in the 19 Euroconstruct countries, although the rate had halved compared to the previous year. The experts estimate that investment growth will continue to tail off in the coming three years. A decline is forecasted for seven countries in 2021. In 2018, expenditure on new-build projects grew more strongly than investment in existing buildings, as a result of which its share in total expenditure in residential construction rose to 45 percent.

In Eastern Europe (+14.9 percent), expenditure on residential construction soared again by 42.1 percent, after it had already risen sharply in 2017 (+31.6 percent). Poland is bringing up the rear in terms of growth rate in Eastern Europe – with an impressive 10.2 percent. On the other hand, absolute expenditure in Poland, at 14.8 billion euro, was far higher than that of the other three Eastern European countries in the Euroconstruct network. In Western Europe (+2.4 percent), the former crisis States, Ireland (+19.3 percent), Portugal (+11.8 percent) and Spain (+7.9 percent) again recorded the highest growth rates. But strong investment also occurred in the Netherlands (+6.0 percent with declining momentum) and Finland (+5.1 percent, with increasing momentum). Norway is the only country where expenditure on residential construction fell very sharply – by -5.0 percent. For 2019, the Euroconstruct researchers forecast a slowdown in growth or even a decline in construction investment. Only in Denmark, Italy and the United Kingdom is growth in investment expected to rise more sharply than in 2018.

Sharp increase in new residential construction, but gloomy outlook – is the boom over?

There was a sharp increase in completions in 2018 too, compared to the previous year. In total, in the 19 Euroconstruct countries, 1.75 million dwellings were completed, i.e. 142,000 or 8.8 percent more than the previous year. Whereas in Western Europe, an average of 8.1 percent more dwellings were constructed than in 2017, in Eastern

Europe the increase was 12.9 percent. The growth occurred across the board, with in some cases impressive rates – only in Belgium was there a decline (-0.8 percent). However, the experts forecast slower momentum again for 2019, with on average 4.9 percent more completed dwellings forecasted. For 2020, the experts then expect a slight decline in the number of completions (-0.4 percent), which is based in part on clear downturns in eight countries.

In Hungary, more than twice the number of dwellings were completed in 2018 as in the previous year (+108.3 percent),

although starting from what is still a low level (from 14,400 dwellings to 30,000). There was once again strong growth in Ireland (+31.6 percent to 19,000), Spain (+28.2 percent to 70,000) and Portugal (+24.4 percent to 10,700), where in the coming years too, acceleration is likely to occur, bucking the European trend. In 2018, the largest number of dwellings were built in France, i.e. 408,000, which is 40,600 or 11.1 percent more than in 2017. The absolute figures are also impressive in Poland, where 188,000 dwellings (+5.4 percent) were built and where a continuous increase to up to 222,000 new dwellings is predicted in

Residential construction volumes in Europe by country

(Absolute figures in million euro)

COUNTRY	2014	2015	2016	2017	2018 ¹
Belgium	19.141	19.861	20.504	21.184	21.882
Denmark	13.284	13.929	14.714	15.206	15.702
Germany	166.549	173.685	180.439	185.675	188.705
Finland	12.493	12.820	13.743	14.179	14.907
France	96.885	97.254	101.306	107.532	109.560
United Kingdom	80.622	79.179	84.836	92.375	93.088
Ireland	5.649	5.477	6.476	8.110	9.675
Italy	81.387	79.606	81.126	82.099	83.150
Netherlands	21.829	25.385	29.220	31.588	33.471
Norway	16.403	16.538	17.713	19.201	18.249
Austria	15.951	16.306	16.678	17.345	17.776
Portugal	5.789	6.690	7.043	8.115	9.070
Sweden	13.547	16.059	17.977	19.404	19.783
Switzerland	28.871	28.561	29.073	30.123	30.225
Spain	37.186	40.187	44.169	49.100	52.982
WESTERN EUROPE TOTAL	615.588	631.536	665.017	701.237	718.226
Poland	10.796	11.459	12.299	13.428	14.796
Slovakia	1.076	1.081	1.184	1.226	1.380
Czech Republic	3.108	3.764	4.209	4.269	4.765
Hungary	1.769	1.893	2.225	2.929	4.162
EASTERN EUROPE TOTAL	16.749	18.197	19.918	21.853	25.103

1) Estimate

2021. Germany too saw a further rise in residential construction activity (+5.3 percent to 300,000), although momentum is expected to slow here in the coming years. In the Nordic States, Sweden, Norway and Finland, strong growth was recorded (+10.4 percent, +12.2 percent and +17.6 percent respectively); for the next three years, the experts are expecting in some cases significant double-digit declines. It would appear that the property boom is already over in these three countries.

Housing prices rocket ahead of general inflation

Residential property prices continued their upwards trend in the European Union in 2018. According to Eurostat's House Price Index, housing prices rose by 4.4 percent on average in the first three quarters. Property prices therefore remained decoupled from the general inflation rate.

Residential construction volumes in Europe by country (Real change compared to previous year in %)

COUNTRY	2014	2015	2016	2017	2018 ¹
Belgium	6,2	3,7	3,2	3,3	3,3
Denmark	6,0	5,8	5,6	3,3	3,3
Germany	1,9	1,2	3,9	2,9	1,6
Finland	-4,8	1,3	7,2	3,2	5,1
France	-7,5	-1,0	4,2	6,1	1,9
United Kingdom	17,5	3,3	7,1	8,9	0,8
Ireland	14,6	8,7	18,2	25,2	19,3
Italy	-1,6	-1,6	1,9	1,2	1,3
Netherlands	2,3	14,0	15,1	8,1	6,0
Norway	-0,1	0,1	7,1	8,4	-5,0
Austria	-0,7	0,9	2,3	4,0	2,5
Portugal	-2,9	7,8	5,3	15,2	11,8
Sweden	13,8	17,7	11,9	7,9	2,0
Switzerland	1,7	1,8	1,8	3,6	0,3
Spain	-4,5	3,6	9,9	11,2	7,9
WESTERN EUROPE TOTAL	1,4	2,0	5,3	5,4	2,4
Poland	2,5	4,7	7,3	9,2	10,2
Slovakia	-5,3	-2,1	9,6	3,5	12,5
Czech Republic	1,3	14,5	11,8	1,4	11,6
Hungary	-1,3	1,0	17,6	31,6	42,1
EASTERN EUROPE TOTAL	1,3	5,7	9,5	9,7	14,9

¹) Estimate

Purchase prices in Slovenia rose by 14.0 percent and in Ireland by 11.3 percent. The increasing construction activity is apparently unable to keep pace with demand. The same applies for Portugal, where homebuyers had to pay out on average 10.6 percent more. In Ireland, prices are now standing a third above the reference level of 2015. In the Czech Republic and Hungary too, housing prices have risen by more than 30 percent since then.

Prices fell only in Italy: by 0.6 percent in the first three quarters of 2018 and by 1.6 percent compared to the base year 2015. In France, the increased construction activity was reflected in only moderately rising prices: on average for the first three quarters, prices at which housing changed hands were up 2.9 percent. Since 2015, the increase comes to 8.7 percent, which only Finland is below (+3.11 percent since 2015).

Residential construction in Europe by country

(Number of completions¹ per 1,000 dwellings)

COUNTRY	2014	2015	2016	2017	2018 ²
Belgium	47,6	49,9	45,1	48,1	47,7
Denmark	14,2	15,0	21,0	25,5	27,5
Germany	216,1	247,7	277,7	284,8	300,0
Finland	28,9	28,0	30,2	35,7	42,0
France	398,5	359,1	345,5	367,4	408,0
United Kingdom	139,6	166,3	165,2	187,7	190,0
Ireland	11,0	7,2	9,9	14,4	19,0
Italy	103,6	86,2	81,6	80,6	83,5
Netherlands	45,2	48,4	54,9	63,0	67,0
Norway	28,1	28,1	29,4	31,6	35,4
Austria	43,2	46,1	48,2	52,0	56,5
Portugal	9,0	6,1	6,8	8,6	10,7
Sweden	31,5	41,1	53,6	63,8	70,5
Switzerland	49,2	53,1	54,1	55,8	56,9
Spain	46,8	45,2	40,1	54,6	70,0
WESTERN EUROPE TOTAL	1.212,5	1.227,6	1.263,2	1.373,7	1.484,6
Poland	143,2	147,8	163,4	178,3	188,0
Slovakia	14,9	15,5	15,7	16,9	19,8
Czech Republic	24,0	25,1	27,4	28,6	31,1
Hungary	8,4	7,6	10,0	14,4	30,0
EASTERN EUROPE TOTAL	190,5	196,0	216,5	238,2	268,9
EUROPE TOTAL	1.403,0	1.423,6	1.479,7	1.611,9	1.753,5

1) Construction of new residential properties

2) Estimate

Saving – from German virtue to European trend?

It is one of the established clichés in Europe that saving is a “German virtue” or even a “German vanity”. In fact, the savings rate in Germany has been high for years and changes only marginally with the vicissitudes of the eco-

conomic cycle. The astonishing thing about it is that there are countries in Europe with savings rates which for years have been consistently higher than the German level. Luxembourg is one and Sweden the other. Ten years after the outbreak of the financial and economic crisis, the savings rates in many countries have evened out at a similar level. Where savings were still high in 2008, the savings rate fell; where at the time less was set aside, savings efforts

Country comparison of savings rates of private households (as % of disposable income)

COUNTRY	ANNUAL AVERAGE					
	2004 to 2013	2014	2015	2016	2017	2018 ¹
Belgium	8,3	5,1	4,3	3,9	4,0	4,4
Denmark	-1,0	-2,9	4,3	4,6	5,2	5,1
Germany	9,9	9,5	9,7	9,8	9,9	9,9
Finland	1,3	-0,4	-0,7	-1,8	-2,1	-2,3
France ²	14,9	14,2	13,8	13,7	13,8	14,0
Greece	-	-	-	-	-	-
United Kingdom ²	8,5	8,6	9,4	6,7	4,5	4,6
Ireland	3,9	3,6	4,2	3,8	6,6	5,6
Italy	6,3	3,9	3,3	3,2	2,3	2,4
Netherlands	6,1	9,9	9,6	10,0	9,1	8,8
Norway	5,0	8,2	10,3	7,3	7,0	7,3
Austria	10,0	7,3	6,8	7,8	6,8	5,6
Portugal ²	8,4	5,2	5,3	5,0	4,7	3,8
Sweden	10,4	16,4	15,0	16,0	15,1	16,7
Switzerland	16,0	18,9	18,2	18,7	17,8	17,8
Spain	3,2	3,5	2,9	1,8	-0,8	-1,5
Poland	1,5	-0,4	-0,4	1,5	-1,2	-1,8
Slovakia	1,1	1,5	3,0	3,0	2,4	2,9
Czech Republic	6,6	6,6	6,8	6,5	4,3	3,5
Hungary	5,9	8,0	6,2	8,1	7,4	10,8
Japan	2,3	-0,4	0,8	2,6	3,0	4,2
Canada	3,5	3,6	4,6	3,4	3,7	3,7
USA	5,3	7,4	7,6	6,7	6,7	6,7

1) Estimate

2) Gross savings

have increased until today. Monetary policy, which ensures a similar level of interest rates for all States of the euro area and exercises a decisive influence on the key rates of the European central banks outside the euro area would appear not to be of such great consequence in this respect. Instead, real economic factors are likely to play a role and the expectations of an uncertain future.

Swedish households achieved the highest savings rate in 2018 (16.7 percent), surpassing Luxembourg (14.4 percent) and Hungary (10.8 percent). Only then did Germany follow with a savings rate of 9.9 percent. In the Netherlands too, the savings rate reached the comparatively high level of 8.8 percent. In Finland, consumption outstripped income generated, with the savings rate consequently standing at -2.3 percent. The process of dissaving, which has been in

Country comparison of short-term interest rates¹

(in %)

COUNTRY	ANNUAL AVERAGE					
	2004 to 2013	2014	2015	2016	2017	2018 ²
Belgium	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Denmark	2,3	0,3	-0,1	-0,1	-0,3	-0,3
Germany	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Finland	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
France	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Greece	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
United Kingdom	3,0	0,5	0,6	0,5	0,4	0,7
Ireland	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Italy	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Netherlands	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Norway	3,0	1,7	1,3	1,1	0,9	1,0
Austria	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Portugal	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Sweden	2,2	0,7	-0,2	-0,5	-0,5	-0,4
Switzerland	0,9	0,0	-0,8	-0,8	-0,7	-0,7
Spain	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
EURO AREA	2,1	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Poland	4,7	2,5	1,7	1,7	1,7	1,7
Slovakia	2,4	0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3
Czech Republic	2,0	0,4	0,3	0,3	0,4	1,1
Hungary	4,0	2,2	1,2	0,7	0,0	0,2
Japan	0,3	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Canada	2,2	1,2	0,8	0,8	1,1	1,8
USA	2,1	0,3	0,5	0,9	1,3	2,4

1) In most of the countries, interest rates for three months

2) Estimate

progress in that country since 2014, otherwise occurs in only a few other countries, including Poland (savings rate -1.8 percent for 2018 and negative since 2011,) and above all Latvia (-3.5 percent and negative since 2010). Among the States which calculate the savings rate according to the gross method, France took pole position at 14.0 percent.

Short-term and long-term interest rates still under control of ECB monetary policy

Since 10 March 2016, the ECB rate for refinancing operations has remained unchanged at 0.0 percent and the deposit facility rate at -0.40 percent. The money market

Country comparison of long-term interest rates¹ (in %)

COUNTRY	ANNUAL AVERAGE					
	2004 to 2013	2014	2015	2016	2017	2018 ²
Belgium	3,7	1,7	0,8	0,5	0,7	0,8
Denmark	3,2	1,3	0,7	0,3	0,5	0,5
Germany	3,1	1,2	0,5	0,1	0,3	0,4
Finland	3,3	1,5	0,7	0,4	0,6	0,7
France	3,5	1,7	0,8	0,5	0,8	0,8
Greece	8,4	6,9	9,6	8,4	6,0	4,1
United Kingdom	3,8	2,6	1,9	1,3	1,2	1,5
Ireland	5,1	2,3	1,1	0,7	0,8	0,9
Italy	4,5	2,9	1,7	1,5	2,1	2,6
Netherlands	3,3	1,5	0,7	0,3	0,5	0,6
Norway	3,7	2,5	1,6	1,3	1,6	1,9
Austria	3,5	1,5	0,8	0,4	0,6	0,7
Portugal	5,7	3,8	2,4	3,2	3,1	1,8
Sweden	3,2	1,7	0,7	0,5	0,7	0,7
Switzerland	2,0	0,7	-0,1	-0,4	-0,1	0,1
Spain	4,4	2,7	1,7	1,4	1,6	1,4
EURO AREA	3,8	2,0	1,1	0,8	1,0	1,1
Poland	5,6	3,5	2,7	3,0	3,4	3,2
Slovakia	4,3	2,1	0,9	0,5	0,9	0,9
Czech Republic	3,8	1,6	0,6	0,4	1,0	2,0
Hungary	7,5	4,8	3,4	3,1	3,0	3,2
Japan	1,3	0,6	0,4	-0,1	0,1	0,1
Canada	3,4	2,2	1,5	1,3	1,8	2,3
USA	3,5	2,5	2,1	1,8	2,3	3,0

1) In most of the countries, interest rates for 5 or 10-year government bonds

2) Estimate

Source: OECD Economic Outlook

rate for three-month deposits averaged 0.32 percent in 2018 in the euro area, the same level as the previous year. In the meantime, there is no reason to suppose that a lasting, significant rise in interest rates could occur in the foreseeable future. It is undisputed that the ECB has had success in combating the direct effects of the financial and economic crisis and later the euro crisis. However, it is also undisputed that the governments in the euro area have become accustomed to the cheap money policy. Instead of pushing structural reforms, national debt problems have been glossed over at virtually zero cost. The bond-buying programme has done the rest in this respect, even though the ECB has no longer included any new bonds on its balance sheets since the end of 2018. There are now increasing signs of an economic slowdown, the trade war between the USA and China is also leaving its mark in European order books and the uncertainty caused by Brexit weighs heavily on the propensity to invest of local businesses. The ECB could soon find itself forced to take expansive measures again, although the toolbox available allows few further possibilities.

Negative interest rates were also recorded in Switzerland (-0.6 percent) and Denmark (-0.2 percent). Poland and the

Czech Republic posted the highest interest rates, standing at 1.71 percent and 1.14 percent respectively.

Long-term interest rates have remained more or less static in the euro area countries compared to the previous year. In Germany, government bond yields rose by 0.09 percent to 0.41 percent. In France, yields fell by 0.03 percent to 0.78 percent. The impact of the end of the bond purchases will only be felt very gradually. In Greece, yields were highest at 4.1 percent, although they had fallen by 1.9 percent. In the former crisis States, Portugal (1.8 percent) and Spain (1.39 percent), although the effects of the severe turmoil are still perceptible, here too there was a marked fall in levels. The crisis management is most obvious in Ireland, where government bond yields stood at 0.89 percent in 2018. The growing concerns about Italy increased the risk premium there. The yield on government paper in 2018 stood at 2.64 percent and the outlook points to a further rise. The yield landscape is therefore still very heterogeneous: the ECB monetary policy remains a key determinant, although the risk profile of individual States has a significant effect.



Sustainable finance

Background

The adoption of the Paris Agreement¹ on 12 December 2015 injected fresh impetus into the fight against climate change worldwide. Implementing the Paris Agreement means keeping global warming to below 2°C, the goal being 1.5°C. In practice, this involves the radical decarbonisation of economic systems. Countries that have signed the Agreement have also committed to a shared climate target, including a 40 percent cut in greenhouse gas emissions by 2030. To achieve this target, the EU will require around 180 billion euro of additional investment a year². However, the investment problems have reached a scale that cannot be resolved by the private sector alone. In order to mobilise sufficient funds to cover the shortfall, it is essential to unlock private capital to support climate finance. A fundamental shift in the financial world is called for, encapsulated by the catchphrase “green finance”.

A range of initiatives and specific legislative proposals have been launched in order to involve the private sector in efforts to achieve the climate targets. Various supranational institutions and organisations, including the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), the United Nations and the European Union, are actively involved in framing and developing sustainable finance. In addition, various financial products that promote sustainability are now available, such as green bonds and green mortgages.

“Green finance”, “green bonds” and “green supporting factor”: what do they mean?

The term “green finance” implies a fundamental realignment of financial flows with the specific aim of supporting investments that benefit the environment and society. This is achieved, for example, by investing in schemes that reduce environmental pollution or mitigate the impacts of climate change. In order to complete the planned greening of the financial system, all financial market players require major incentives to discourage them from continuing with the “business as usual” investment model which takes no account of sustainability.

There are various ways of achieving this. One controversial approach for boosting investment in green products is the “green supporting factor”, which would lower capital requirements for green investments. There is a wide divergence of opinion on this proposal. Some Members of the European Parliament, for example, are lobbying hard for a green supporting factor. However, others are firmly opposed to it, seeing it as a major intervention in financial market stability.

Green bonds have been traded by the European Investment Bank (EIB) since 2007 and contribute to the implementation of the Paris Agreement by providing finance for renewable energy projects worldwide. The EIB has also launched Sustainability Awareness Bonds, which it claims have a strong impact in terms of reaching the Sustainable Development Goals. For example, financing climate projects is a priority.

1) European Commission: https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/paris_en
2) European Commission: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-1404_en.htm

Actors

Worldwide, various actors are engaged in reorienting capital flows towards sustainable investments. However, the majority of these initiatives are voluntary and non-binding.

United Nations

The United Nations has been involved in promoting sustainable and climate-friendly investment since the 1990s through its United Nations Environment Programme – Finance Initiative (UNEP FI)³, a partnership between United Nations Environment and the global financial sector. UNEP FI's work includes a strong focus on dialogue between finance practitioners, supervisors, regulators and policy-makers at national and international level. It hosts roundtables with the various representatives every two years. Financial institutions participating in the initiative have committed to recognise the role of the financial services sector in making the economy sustainable and further commit to the integration of environmental and social considerations into all aspects of their operations.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)

Like the United Nations, the OECD also engages with the issue of sustainable finance. Here too, the aim is to integrate the private (financial) sector into the fight against climate change and make it a key partner. The OECD has developed the concept of “blended finance”⁴, which involves combining public sector funds with private capital. Work on blended finance also aims to identify principles and rules for the reorientation of commercial financial flows. Blended finance generally consists of a mix of public sector funds and private/commercial investments, which together can be used to meet a Sustainable Development Goal (SDG). The underlying concept is to mobilise capital that would not normally flow into sustainable projects and use it to support sustainability goals. The OECD works with other international organisations such as the United Nations, the World Economic Forum and the European Union.

European Union

Following the United States' decision to withdraw from the Paris Agreement, the EU is determined to step into the role of leader in combating climate change. This leadership role includes creating standards for sustainable financial products. In this context, the European Commission set up a technical expert group on sustainable finance. The Action Plan⁵ presented by the European Commission in March 2018 is based on the recommendations made by the technical expert group. Following on from the Action Plan, the Commission then presented three legislative proposals, which provide for the introduction of a framework for sustainable products, disclosure requirements for financial market participants, and low carbon benchmarks. The first proposal would help to make labelling of activities more environmentally friendly and provide market participants with a reliable classification system. The second proposal establishes comprehensive requirements for disclosure of sustainability risks by asset managers and investment advisors. And lastly, the European Commission has turned its attention to global benchmarking and is proposing legislation that introduces new categories of carbon benchmarks. In a reflection paper⁶ published in January 2019, the European Commission additionally underlines the need for a unified taxonomy that promotes transparency and, at the same time, establishes an EU classification system.

European Mortgage Federation

The aim of the European Mortgage Federation (EMF) is to establish and ensure a sustainable housing environment for citizens. With that in mind, the EMF has developed the Energy Efficient Mortgages Action Plan⁷. At the heart of the initiative is the assumption that energy efficiency of buildings has a risk mitigation effect for banks by reducing borrowers' energy costs and increasing their ability to service their loan. The EMF concludes from this, that energy-efficient mortgages need lower capital requirements compared with other products and that a green supporting factor can be applied.

3) UNEP FI: <https://www.unepfi.org/about/>

4) OECD: <http://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/blended-finance-principles/>

5) European Commission: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52018DC0097>

6) European Commission: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/rp_sustainable_europe_30-01_en_web.pdf

7) EeMAP: <https://eemap.energyefficientmortgages.eu/services/>

Looking to the future

Sustainable finance will become increasingly important. The incoming European Commission, which will commence work in summer 2019, is expected to treat sustainable finance as a priority. Most initiatives are currently voluntary and at the present time, only three legislative proposals are on the table. That being the case, it seems likely that further binding proposals will be published by the European Commission.

The reorientation of capital flows towards more sustainable investments should be supported in principle. Be-

yond that, the Bausparkassen already play a part in mobilising funds for sustainability as they provide financing for numerous energy efficiency measures. It is important, however, that new legislative proposals do not discriminate against conventional products. Likewise, new and detailed rules should not impose additional bureaucratic burdens on Europe's Bausparkassen. In addition to transparent, market-compatible rules, it is essential to raise public awareness and boost demand for all types of sustainable products in order to ensure that the reorientation can genuinely take place.



Court of Justice in 2018

Cases before the Court of Justice of the European Union

Reference for a preliminary ruling

Case C-498/16: Assignment between consumers of claims against the same trader or professional/Jurisdiction in respect of consumer contracts/Definition of “consumer”

(Judgment of the European Court of Justice of 25 January 2018)

The Court ruled against the admissibility of a representative action under data protection law. Moreover, in the Court’s view, status as a “consumer” is distinct from the knowledge and information that the person concerned actually possesses. The Court made its judgment in respect of proceedings brought by an individual domiciled in Austria against Facebook Ireland Limited, which has its registered office in Ireland.

The facts underlying the judgment were, in essence, as follows:

A consumer, who is resident in Austria, had brought legal proceedings against Facebook Ireland before the Austrian courts. He claimed that Facebook Ireland had infringed several data protection provisions in relation to his private Facebook account and to the accounts of seven other users. These users had assigned to him their claims for the purposes of those proceedings. Those other users were also consumers and lived in Austria, Germany and India. The applicant sought, inter alia, a declaration from the Austrian courts that certain contractual terms were invalid and an order requiring Facebook Ireland both to refrain from using the data in question for its own purposes or the purposes of third parties and to pay damages.

Facebook took the view that the Austrian courts do not have international jurisdiction. According to Facebook, the applicant cannot rely on the rule of EU law that allows consumers to sue a foreign contracting partner in their own place of domicile. Facebook argued that the applicant, by using Facebook also for professional purposes, cannot be regarded as a consumer. So far as the assigned claims are concerned, Facebook submitted that the consumer forum is not applicable to those claims since such jurisdiction is not transferable.

It was in that context that the Oberster Gerichtshof (Supreme Court, Austria) asked the Court of Justice to clarify the conditions under which the consumer forum may be invoked..

1. The Court of Justice held that the activities of publishing books, giving lectures, operating websites, fundraising and being assigned the claims of numerous consumers for the purpose of their enforcement in judicial proceedings do not entail the loss of a private Facebook account user’s status as a “consumer” within the meaning of Article 15 of Regulation (EC) No 44/2001.
2. The Court of Justice also held that Article 16(1) of Regulation No 44/2001 must be interpreted as meaning that it does not apply to the proceedings brought by a consumer with a view to asserting, in the courts of the place where he is domiciled, not only his own claims but also claims assigned by other consumers domiciled in the same Member State, in other Member States or in non-member countries.

Case C-210/16: Data protection/Responsibility of an administrator of a fan page on Facebook

(Judgment of the Court of Justice of 5 June 2018)

This request for a preliminary ruling from the German Bundesverwaltungsgericht (Federal Administrative Court) concerns responsibility under the Data Protection Directive (Directive 95/46/EC of 24 October 1995) for user data collected by Facebook Ireland Ltd when a fan page hosted on Facebook is opened.

The ruling pertains to proceedings between Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (Independent Data Protection Centre for the Land of Schleswig-Holstein, Germany) (“the ULD”) and Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein GmbH. In 2011, the ULD, as a German supervisory authority within the meaning of the Data Protection Directive, had ordered the Wirtschaftsakademie to deactivate the fan page it had set up on Facebook, a social network. In the view of the supervisory authority, a data protection infringement had been committed not only by Facebook but also by the Wirtschaftsakademie, as visitors to the fan page were not informed that their data were being collected.

The Bundesverwaltungsgericht had expressed doubt as to whether the administrator of a fan page on Facebook could be held liable for any personal data processing by Facebook in violation of data protection law, as the administrator is unable to influence, steer, shape or otherwise control the manner and extent of Facebook’s processing of users’ data. The Bundesverwaltungsgericht requested the Court of Justice of the European Union to clarify whether the administrator of a fan page hosted on a social network is jointly responsible for data protection infringements by that social network. Clarification of this question rested on the interpretation of the term “controller”, defined in Article 2(d) of the Data Protection Directive (95/46/EC).

The Court ruled that a broad definition of the concept of “controller” is appropriate under the applicable data protection provisions and that it does not necessarily refer to a single entity. Against this background, the Court found that as the administrator of the fan page hosted on Facebook, Wirtschaftsakademie must be regarded as a controller jointly responsible for the processing of that data by virtue of the fact that by creating such a page, Wirtschaftsakademie had given Facebook the opportunity to

place cookies on the computer or other device of a person visiting that page. As the administrator of the fan page, Wirtschaftsakademie can thus obtain – albeit anonymised – statistical information about the profile of the fans visiting the page, enabling it to target the content it offers. As the Court previously held in its judgment of 13 May 2014 in *Google Spain SL and Google Inc.* (Case C-131/12), the objective of that provision is to ensure, through a broad definition of the concept of “controller”, effective and complete protection against data protection infringements. However, the Court pointed out that the existence of joint responsibility for data protection infringements does not necessarily imply equal responsibility of Facebook, on the one hand, and individual administrators of pages hosted by Facebook, on the other.

The judgment of the Court of Justice pertains to the definition of “controller” in Article 2(d) of the Data Protection Directive (95/46/EC), which was replaced by the General Data Protection Regulation (Regulation (EU) 2016/679 of 27 April 2016), applicable as of 25 May 2018. As the wording of the definition of “controller” provided in the Data Protection Directive is almost identical to the definition of “controller” in Article 4(7) of the General Data Protection Regulation, the judgment is likely to continue to be of significance to the present legal situation and will be applicable to other services such as Twitter, Instagram and WhatsApp as well.

Case C-51/17: Contractual terms

(Judgment of the Court of Justice of 20 September 2018)

The Court’s judgment of 20 September 2018 (C-51/17) concerns the interpretation of Council Directive 93/13/EEC of 5 April 1993 on unfair terms in consumer contracts. The ruling is of relevance to the application of the legislation pertaining to general terms and conditions of business.

The facts of this case are, in essence, as follows:

In 2008, the applicant consumers concluded with a Hungarian bank a credit contract for the provision of a loan denominated in Swiss francs (CHF). Although the monthly repayment instalments were to be paid in Hungarian forints (HUF), the amount of those instalments was to be calculated on the basis of the current exchange rate between the HUF and the CHF. The contract referred to the foreign exchange risk in the event of possible fluctuations

in the exchange rate between these two currencies. After the conclusion of the contract, the exchange rate changed considerably to the detriment of the borrower, resulting in a significant increase in the amount of the monthly instalments.

The grounds of the judgment on the third and fourth questions are particularly relevant. They concern the interpretation of the transparency requirements pursuant to Article 4 of Directive 93/13/EEC, which reads as follows:

“(1) Without prejudice to Article 7, the unfairness of a contractual term shall be assessed, taking into account the nature of the goods or services for which the contract was concluded and by referring, at the time of conclusion of the contract, to all the circumstances attending the conclusion of the contract and to all the other terms of the contract or of another contract on which it is dependent.

(2) Assessment of the unfair nature of the terms shall relate neither to the definition of the main subject matter of the contract nor to the adequacy of the price and remuneration, on the one hand, as against the services or goods supplied in exchange, on the other, in so far as these terms are in plain intelligible language.”

By its third question, the referring court asked whether the transparency requirement pursuant to Article 4(2) of Directive 93/13/EEC must be interpreted as meaning that the credit institution must provide detailed information to the borrower about the foreign exchange risk, including a risk analysis in respect of the economic consequences which might arise from a depreciation of the national currency in relation to the foreign currency. In relation to the requirement for plain intelligible language pursuant to Article 4(2) of the Directive, the Court held that financial institutions must provide borrowers with adequate information to enable them to take well-informed and prudent decisions. This means that a term must be understood by an average consumer who is reasonably well-informed and reasonably observant and circumspect, both at the formal and grammatical level and also in terms of its actual effects. From this, the Court concluded that the disputed term relating to the foreign exchange risk must be understood by the consumer in such a way that he is not only aware of the possibility of a depreciation of the national currency in relation to the foreign currency, but is

also able to assess the potentially significant economic consequences of such a term with regard to his financial obligations.

On the fourth question, the Court held that Article 4(1) of Directive 93/13/EEC must be interpreted as requiring that the plainness and intelligibility of the contractual terms must always be assessed by referring, at the time of conclusion of the contract, to all the circumstances attending the conclusion of the contract and to all the other terms of the contract. This also applies if some of those other terms have been declared to be unfair and, accordingly, annulled after conclusion of the contract.

Judgment

Case T-540/15: Access to documents/Trilogues/Ongoing legislative procedure/No general presumption that access should be refused to four-column tables drawn up for the purposes of trilogues/Regulation (EC) No 1049/2001

(Judgment of the General Court of 22 March 2018)

In its judgment of 22 March 2018 in *Emilio de Capitani v European Parliament*, the General Court ruled that the European Parliament must in principle grant access, on specific request, to documents relating to ongoing trilogues.

The Court noted that a trilogue is an informal meeting in which the representatives of the Parliament, the Council and the Commission take part. Trilogue meetings are held behind closed doors. Trilogues are used in 70 to 80 percent of EU legislative procedures. The agreements reached at the end of the negotiations must subsequently be approved by the institutions in accordance with their respective internal procedures. Most of these agreements are adopted without substantial amendment by the co-legislators.

In April 2015, Mr Emilio de Capitani submitted to the European Parliament, on the basis of Regulation (EC) No 1049/2001, a request for access to documents drawn up by, or made available to, the Parliament and to information concerning the positions of the institutions on ongoing co-decision procedures. The request related, in particular, to the multi-column tables drawn up in connection with trilogues.

The table generally contains four columns: the first contains the text of the Commission's legislative proposal, the second the position of the Parliament as well as the amendments that it proposes, the third the position of the Council and the fourth the provisional compromise text or the preliminary positions of the Presidency of Council in relation to the amendments proposed by the Parliament.

In July 2015, the Parliament granted full access to five multi-column tables of the seven which it was able to identify as covered by the applications lodged by Mr de Capitani. As for the other two, the Parliament granted access only to the first three columns of the tables, thereby refusing to disclose the fourth column. The Parliament took the view that the fourth column of the documents at issue contained provisional compromise texts and preliminary positions of the Presidency of Council, the disclosure of which would have actually, specifically and seriously undermined the decision-making process of the institution as well as the interinstitutional decision-making process in the context of the ongoing legislative procedure.

As regards access to the fourth column of trilogue tables concerning an ongoing legislative procedure, the Court concluded that the principles of publicity and transparency are inherent to the EU legislative process. In the Court's view, if citizens are to be able to exercise their democratic rights, they must be in a position to follow in detail the decision-making process within the institutions taking part in the legislative procedures and to have access to all relevant information. Access to such documents may be refused only if the institution concerned proves that it is reasonably foreseeable and not purely hypothetical that full access to the documents at issue is likely to undermine, specifically and actually, its decision-making process. The General Court notes in that regard that there can be no possibility of the decision-making process being seriously undermined unless a risk of external pressure materialises through the expression of public opinion.

In the present case, however, the legislative proposal at issue concerned the rights of citizens and the fourth column contained text relating to classic legislative work.



2018: the Year in Review

January

01.01.2018 **Council Presidency**

Bulgaria takes over the Presidency of the Council of the European Union.

17.01.2018 **Energy efficiency**

The European Parliament votes in favour of a 35 percent binding EU energy efficiency target and indicative national targets. This target should be considered on the basis of the projected energy consumption in 2030 according to the PRIMES model (simulating the energy consumption and the energy supply system in the EU).

24.01.2018 **Data protection**

The European Commission publishes guidance to facilitate the smooth application of the new data protection rules across the EU as of 25 May 2018. The guidance outlines what the European Commission, national data protection authorities and national administrations should still do to bring the preparations to a successful completion.

31.01.2018 **Sustainable finance**

The High-Level Expert Group (HLEG) on Sustainable Finance, appointed by the European Commission at the end of 2016, publishes its final report. The Commission will now move to finalise its strategy on sustainable finance on the basis of these recommendations and will put forward a comprehensive Action Plan.

Energy performance of buildings

EU ambassadors confirm the political agreement reached between the Estonian Presidency and the European Parliament in December 2017 on the revised directive on the energy performance of buildings.

February

14.02.2018 **Insurance Distribution Directive**

EU ambassadors confirm, on behalf of the Council, an agreement to delay the transposition deadline and application of new rules on insurance distribution. On the basis of a proposal from the Commission, it was agreed to postpone the application date of the Insurance Distribution Directive to 1 October 2018. The delay will enable the insurance industry to better prepare for the Directive and for the changes necessary to comply with implementing rules.

27.02.2018 **Geo-blocking**
The Council of the European Union approves the end of geo-blocking in online trading. This means that there is complete agreement on removing barriers to e-commerce by avoiding discrimination based on customers' nationality, place of residence or place of establishment. The European Parliament approved the regulation to end geo-blocking on 6 February 2018.

28.02.2018 **European deposit insurance scheme (EDIS)**
The European People's Party (EPP) Group adopts a Position Paper "Our Euro: Stable, Stimulating, Successful", in which it comments on a possible European deposit insurance scheme (EDIS): "We need a European deposit insurance scheme, when conditions are met." The EPP Group thus commits to the introduction of an EDIS as a long-term goal but makes this conditional on the fulfilment of appropriate risk reduction criteria.

March

01.03.2018 **Financial crime**
The European Parliament votes to set up a new special committee on financial crime, tax evasion and avoidance, with 45 members and a 12-month mandate. The establishment of the new committee is partly a response to the previous year's "Paradise Papers" revelations.

08.03.2018 **Sustainable finance**
The European Commission publishes its Action Plan on sustainable finance. On the basis of the final report by the High-Level Expert Group (HLEG) on Sustainable Finance, the Commission proposes an EU strategy on sustainable finance with a total of 10 actions.

FinTech

The European Commission publishes an Action Plan on FinTech, which deals with new developments in the banking and financial services market.

12.03.2018 **Covered bonds**
The European Commission publishes legislative proposals for a new EU covered bonds framework. The legislative package consists of a directive and a regulation.

14.03.2018 **Non-performing loans (NPLs)**
The European Commission presents a package of legislative measures on the reduction of non-performing loans (NPLs). The package includes a proposal for a directive, a proposal for a regulation amending the Capital Requirements Regulation ((EU) No 575/2013) and a non-binding blueprint on the set-up of national asset management companies (AMCs).

22.03.2018 **ECB**
After having consulted the European Parliament and the European Central Bank's Governing Council, the European Council appoints Luis de Guindos as Vice-President of the European Central Bank for an eight-year term. He will replace Vítor Constâncio as of 1 June 2018.

April

06.04.2018 **Data protection**

The EU agrees to a major reform of its data protection framework, by adopting the data protection reform package. It includes the General Data Protection Regulation (GDPR), which replaces the 20-year old Directive. On 25 May 2018, the new EU-wide data protection rules will become applicable, two years after the Regulation's adoption and entry into force.

11.04.2018 **New Deal for Consumers**

The European Commission publishes its consumer protection reform package (New Deal for Consumers). The reform package consists of two proposals for directives:

- 1) A proposal on representative actions for the protection of the collective interests of consumers and repealing the Injunctions Directive 2009/22/EC.
 - 2) A proposal to amend the Council Directive on unfair terms in consumer contracts, Directive on consumer protection in the indication of the prices of products offered to consumers, Directive concerning unfair business-to-consumer commercial practices and Directive on consumer rights.
-

17.04.2018 **Energy performance of buildings**

The European Parliament, at its plenary session, adopts the amendment of Directive 2010/31/EU on the energy performance of buildings.

May

14.05.2018 **Money laundering and terrorist financing**

The Council of the European Union approves the Fifth Anti-Money Laundering Directive (amending the Fourth Anti-Money Laundering Directive, i.e. Directive (EU) 2015/849). The Directive will enter into force twenty days following its publication. Member States will have to transpose the new elements of the Directive into national law within 18 months.

Energy-efficient buildings

The Council of the European Union adopts the revised Directive on the energy performance of buildings (amending Directive 2010/31/EU on the energy performance of buildings). The Directive enters into force on the twentieth day following that of its publication in the Official Journal of the European Union. There is a 20-month deadline for transposition into national law.

24.05.2018 **Sustainable finance**

The European Commission presents a legislative package on sustainable finance, comprising the following three proposals:

- 1.) A proposal for uniform criteria (taxonomy) for determining whether an economic activity is sustainable.
- 2.) A proposal for harmonised disclosure requirements for institutional investors (such as asset managers, insurance companies, pension funds or investment advisors).
- 3.) A proposal for a new category of benchmarks, comprising the low carbon benchmark or „decarbonised“ version of standard indices and the positive carbon impact benchmarks.

SBBS

The European Commission publishes a legislative proposal on sovereign bond-backed securities (SBBS). The introduction of this financial instrument is intended to weaken the link between banks and their home countries. The instrument will be supported by measures to ease prudential requirements (e.g. lower capital requirements for banks which hold these securities).

25.05.2018**Banking package**

Within the ECOFIN framework, the EU economics and finance ministers reach a general approach on the banking package. The package was presented by the European Commission in the form of proposals for the revision of the CRR, CRD IV, BRRD and SRM Regulation on 23 November 2016.

June

19.06.2018**Banking package**

The European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) votes on the reports on the banking package and also votes to enter into interinstitutional negotiations with the Council (trilogue).

Energy efficiency

EU ambassadors endorse the provisional agreement reached by the Bulgarian Presidency on the Energy Efficiency Directive. The endorsement means that the Council has approved the deal. Formal adoption by the Council and the plenary vote in the European Parliament are expected in October.

July

01.07.2018**Council Presidency**

Austria takes over the Presidency of the Council of the European Union.

11.07.2018**European Parliament**

In the economic dialogue with MEPs, the Austrian Minister of Finance, in his capacity as incoming President of the Economic and Financial Affairs Council (ECOFIN), talks about the priorities of the Austrian Presidency of the Council, which include completing the Banking Union and Capital Markets Union. Addressing non-performing loans and deepening the Economic and Monetary Union are also identified as priorities.

August

02.08.2018**Sustainable finance**

The social democratic rapporteur presents his draft report on the proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on disclosures relating to sustainable investments and sustainability risks.

17.08.2018**Covered bonds**

The conservative rapporteur presents his draft report on the proposal for a Directive on the issue of covered bonds and covered bond public supervision.

21.08.2018**Covered bonds**

The conservative rapporteur presents his draft report on the proposal for a Regulation as regards exposures in the form of covered bonds.

September

03.09.2018 **Non-performing exposures**

The European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) holds a first exchange of views on the NPLs packag.

Sustainable finance

The members of the ECON Committee hold a first exchange of views on the draft report on disclosures.

12.09.2018 **State of the Union Address**

In his address, Commission President Jean-Claude Juncker proposes new measures to allow money laundering to be combated more effectively across borders. He also states that recent events have brought into sharp focus the need to deepen the Economic and Monetary Union and to build deep and liquid capital markets. The Commission has made a series of proposals to do just that, which now await adoption by Parliament and Council.

Money laundering

The European Commission publishes a legislative proposal to further strengthen the supervision of financial institutions to better address money laundering. To that end, the Commission is proposing to concentrate anti-money laundering powers related to the financial sector into the European Banking Authority (EBA).

28.09.2018 **Sustainable finance**

The social democratic rapporteur presents her draft report on the proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) 2016/1011 on low carbon benchmarks and positive carbon impact benchmarks.

October

18.10.2018 **European Council**

EU-27 leaders assess the state of play of negotiations on the deepening of the Economic and Monetary Union (EMU) with a view to the Euro Summit in December. At the press conference, Commission President Juncker states: "We have agreed that we should complete the Banking and Capital Markets Union and set a timetable for the review and establishment of a European deposit guarantee scheme."

Sustainable finance

The members of the ECON Committee discuss the proposed amendments to the draft report on the Commission's proposal for a Regulation on disclosures relating to sustainable investments and sustainability risks.

22.10.2018 **Representative actions**

The christian-democratic rapporteur in the European Parliament's Committee on Legal Affairs (JURI) presents his draft report on representative actions for the protection of the collective interests of consumers.

31.10.2018 **Non-performing loans**

EU ambassadors approve the Council's position on capital requirements applying to banks with non-performing loans (NPLs) on their balance sheets.

November

05.11.2018 **Sustainable finance**

The members of the European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) adopt the rapporteur's draft report and thus state the Parliament's position that all credit institutions should be included within the scope of the Regulation on disclosures relating to sustainable investments and sustainability risks.

08.11.2018 **Accessibility**

The European Parliament and the Council come to a provisional agreement on the Commission's proposal for a Directive on the approximation of the laws, regulations and administrative provisions of the Member States as regards the accessibility requirements for products and services (European Accessibility Act).

20.11.2018 **Representative actions**

The rapporteur and shadow rapporteurs discuss the proposed amendments to the dossier on representative actions for the protection of collective interests of consumers. In the discussion, it is agreed that a minimum level of harmonisation should be achieved with the Directive.

Covered bonds

The European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) votes on and adopts the reports on covered bonds.

28.11.2018 **European Commission**

The Commission publishes two Communications on the Capital Markets Union and the Banking Union. Among other things, the Commission calls for renewed political engagement and efforts to complete key building blocks of the Capital Markets Union ahead of the European elections in 2019. Together with the completion of the Banking Union, this is essential for deepening Economic and Monetary Union and strengthening the international role of the euro.

December

04.12.2018 **Banking package**

The EU economics and finance ministers endorse the agreement on a set of key risk reduction measures as part of the banking package.

Single Supervisory Mechanism

The EU economics and finance ministers endorse, by a majority, the appointment of Andrea Enria as the new head of the SSM.

18.12.2018 **Non-performing loans**

The European Parliament and the Council reach agreement on a common final position in the trilogue on non-performing loans (NPLs).

Personalia der Vereinigung/Officers of the Federation



Ing. Jan Jeníček
(Tschechische Republik/Czech Republic)
Präsident/President



Uwe Körbi
(Deutschland/Germany)
Erster Vizepräsident/First Vice-President



Prof. Dr. Andreas Grünbichler
(Österreich/Austria)
Zweiter Vizepräsident/Second Vice-President



Christian König
(Deutschland/Germany)
Geschäftsführender Direktor/Managing Director

Personalia der Ausschüsse/Officers of the Committees

**Rechtsausschuss/
Legal Affairs Committee**
Uwe Körbi
(Deutschland/Germany)
Vorsitzender/Chairman

**Ausschuss für Wohnungspolitik
und Marketing/
Housing Policy and Marketing
Committee**
Mag. Hans-Christian Vallant
(Österreich/Austria)
Vorsitzender/Chairman

**Finanzausschuss/
Financial Affairs Committee**
Prof. Dr. Andreas Grünbichler
(Deutschland/Germany)
Vorsitzender/Chairman

Anhang/Appendix

Dezember/December 2018

Verzeichnis der Mitglieder der Europäischen Bausparkassenvereinigung/ List of Members of the European Federation of Building Societies

🌐 ordentliches Mitglied/participating member

★ korrespondierendes Mitglied/corresponding member

DEUTSCHLAND/GERMANY

- 🌐 Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen
- ★ LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover
- ★ LBS Hessen-Thüringen
- ★ LBS Landesbausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG
- ★ LBS Bayerische Landesbausparkasse
- ★ LBS Westdeutsche Landesbausparkasse
- ★ LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG
- ★ LBS Landesbausparkasse Saar

🌐 Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

- ★ Aachener Bausparkasse AG
- ★ ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
- ★ Bausparkasse Mainz AG
- ★ Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
- ★ BHW Bausparkasse AG
- ★ BSQ Bauspar AG
- ★ Debeka Bausparkasse AG
- ★ Deutsche Bank Bauspar AG
- ★ Deutsche Bausparkasse Badenia AG
- ★ Deutscher Ring Bausparkasse AG
- ★ SIGNAL IDUNA Bauspar AG
- ★ Wüstenrot Bausparkasse AG

BELGIEN

- ★ International Union for Housing Finance

KASACHSTAN

- ★ JSC „House Construction Savings Bank of Kazakhstan“

KROATIEN/CROATIA

- 🌐 Prva stambena štedionica d.d.
- ★ Raiffeisen stambena štedionica d.d.
- ★ Wüstenrot stambena štedionica d.d.

LUXEMBURG

- 🌐 BHW Bausparkasse AG Niederlassung Luxemburg
- 🌐 Bausparkasse Schwäbisch Hall AG – Niederlassung Luxemburg
- ★ Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

ÖSTERREICH/AUSTRIA

- 🌐 Bausparkasse der österreichischen Sparkassen AG
- 🌐 Bausparkasse Wüstenrot AG
- 🌐 Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft mbH
- 🌐 start:bausparkasse e. Gen

RUMÄNIEN/ROMANIA

- 🌐 BCR Banca pentru Locuinte S.A.
- ★ Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A.

SLOWAKISCHE REPUBLIK/SLOVAK REPUBLIC

- 🌐 Prvá stavebná sporiteľňa, a.s.
- 🌐 Stavebná sporiteľňa VÚB-Wüstenrot, a.s.
- ★ ČSOB stavebná sporiteľňa a.s.

SLOWENIEN/SLOVENIA

- ★ Stanovanjski sklad Republike Slovenije, javni sklad

TSCHECHISCHE REPUBLIK/CZECH REPUBLIC

- 🌐 Ceskomoravská stavební spořitelna, a.s.
- 🌐 Modra Pyramida stavební spořitelna, a.s.
- 🌐 Raiffeisen stavební spořitelna, a.s.
- 🌐 Stavební spořitelna České spořitelny, a.s.
- 🌐 Wüstenrot stavební spořitelna, a.s.

UNGARN/HUNGARY

- 🌐 Erste Lakástakarék Zrt.
- 🌐 Fundamenta-Lakássza Bausparkasse AG

ZYPERN/CYPRUS

- ★ Housing Finance Corporation

Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV)/ The European Federation of Building Societies (EFBS)

Die Europäische Bausparkassenvereinigung, die am 29. August 1962 gegründet wurde, ist ein Zusammenschluss von Kreditinstituten und Einrichtungen, die die Finanzierung von Wohneigentum fördern und unterstützen.

Sie verfolgt den Zweck, in einem politisch und wirtschaftlich zusammenwachsenden Europa den Gedanken des Erwerbs von Wohneigentum zu fördern, die Interessen der Mitglieder gegenüber den Institutionen der Europäischen Union wahrzunehmen, die Mitglieder über den Fortgang der europäischen Einigung und die dazu von den Institutionen der Europäischen Union ergriffenen Maßnahmen zu informieren und den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch der Mitglieder untereinander auf den Gebieten der Wohnungsfinanzierung und der Wohnungspolitik zu unterstützen und zu intensivieren.

Die Bausparkassen leisten in weiten Teilen Europas und außerhalb einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum.

The European Federation of Building Societies, which was founded on 29 August 1962, is an association of credit and other institutions promoting and supporting the financing of home ownership.

Its aim is to promote the idea of home ownership in a politically and economically converging Europe, to look after the interests of its members in relation to the European Union institutions, to inform its members about progress in European unification and the measures taken to this end by the European Union institutions and to support and intensify mutual exchange of information and experience among its members in the fields of housing finance and housing policy.

The Bausparkassen make a key contribution in large parts of Europe and beyond to the financing of the construction, purchase or modernisation of owner-occupied housing.

Impressum

Herausgeber:

Europäische Bausparkassenvereinigung

Rue Jacques de Lalaing 28

1040 Brüssel, Belgien

Tel.: +32 2 231 03 71

Fax: +32 3 230 82 45

e-mail: info@efbs-bausparkassen.org

Imprint

Editor:

European Federation of Building Societies

Rue Jacques de Lalaing 28

1040 Brussels, Belgium

Tel.: +32 2 231 03 71

Fax: +32 3 230 82 45

e-mail: info@efbs-bausparkassen.org



Europäische Bausparkassenvereinigung
European Federation of Building Societies

Rue Jacques de Lalaing 28
B-1040 Bruxelles
Tel. 0032 (0)2 – 2310371
Fax 0032 (0)2 – 2308245
e-mail: info@efbs-bausparkassen.org
www.efbs.org